

Unsere Welt

Aus dem Inhalt

Münchener Sicherheitskonferenz und Nahost	2
Bahrain – das Jahr danach	3
Tod durch Schweizer Waffen	4
Der ernüchterte Oberstleutnant	5
Bruno Apitz: Der Flüchtling	6
Friedensruf aus Kolumbien	7
Hellas unter Räufern	8



«Alle Optionen liegen auf dem Tisch: Krieg, Embargo, Sanktionen.» Karikatur: Latuff

Gründe für einen Angriff auf den Iran

Wahnhaftige Gedankengänge

In der Auseinandersetzung um das angebliche iranische Atomwaffenprogramm geht es nach Ansicht des kanadischen Journalisten Gwynne Dyers nicht um das Überleben Israels, sondern um die Erhaltung des grossen strategischen Vorteils, den Israel als einziger Atomwaffen-Staat im Mittleren Osten besitzt.

Von Gwynne Dyer

Das letzte Mal, als der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika Barack Obama den israelischen Premierminister Binyamin Netanyahu traf, war es offensichtlich, dass die beiden Männer sich gegenseitig misstrauten und geringschätzten. Dieses Mal (am 5. März) war ihre gegenseitige Abneigung besser verborgen, aber die Kluft zwischen ihnen war noch immer gleich gross, besonders beim Thema des angeblichen Strebens des Iran nach Atomwaffen.

Es ist schon komisch, wenn zwei nuklear bewaffnete Länder (die Vereinigten Staaten von Amerika besitzen 5.000+ Atomwaffen, Israel rund 200) erklären, dass es lebenswichtig ist, zu verhindern, dass ein drittes Land auch ein paar dieser Dinger bekommt. Besonders, wo dieses dritte Land, nämlich Iran, den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet hat und sich noch immer an diesen hält, während Israel sich immer geweigert hat, diesen zu unterzeichnen. Aber das macht ja nichts.

Was Obama und Netanyahu trennt ist eine Frage des zeitlichen Ablaufs.

Obamas «rote Linie» ist der Zeitpunkt, an dem der Iran eine Atomwaffe «besitzt,» wobei dieser nicht vor ein paar Jahren eintreten würde, selbst wenn der Iran beabsichtigt, eine herzustellen. (Amerikanische und israelische Geheimdienste sind einhellig der Meinung, dass der Iran derzeit an keiner arbeitet.)

Netanyahus «rote Linie» ist viel enger gelegt: wann immer der Iran genügend angereichertes Uran besitzt, um eine Bombe zu bauen, egal ob er das dann tut oder nicht. Natürlich ist die Anreicherung von Uran ganz legal für den Iran (welches nach dessen Angaben ausschliesslich für den Einsatz in zivilen Kernkraftwerken bestimmt ist), während ein Angriff auf den Iran ein Verbrechen nach Internationalem Recht wäre. Aber das hielt den vorherigen Präsidenten George W. Bush nicht davon ab, den Irak zu überfallen, und es würde auch Obama nicht abhalten.

Was Obama beunruhigt, sind drei andere Dinge. Erstens hat die amerikanische Öffentlichkeit einfach nichts übrig für einen dritten «Krieg eigener Wahl» innerhalb von zehn Jahren im Mittleren Osten. Der General

im Ruhestand Anthony Zinni warnte vor drei Jahren: «Wenn ihr Irak und Afghanistan mochtet, werdet ihr Iran lieben.»

Zweitens ist heuer Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten von Amerika. Wenn Israel den Iran angreift, wird der Ölpreis in die Höhe schnellen und die wirtschaftliche Erholung zunichte machen, auf die Obama angewiesen ist, wenn er wieder gewählt werden will. Wenn allerdings die Vereinigten Staaten von Amerika Israel nicht unterstützen, werden sich die amerikanischen Unterstützer Israels gegen ihn stellen und seine Chancen auf eine Wiederwahl so oder so zunichte machen.

Drittens würde der Angriff nicht die Urananreicherungsanlagen des Iran zerstören. Israel hat schon seit Jahren gedroht, diese zu zerstören, daher haben die Iraner sie tief unter die Erde verlegt. Israelische und amerikanische Kriegstreiber behaupten, ein Angriff könne die Fähigkeit des Iran, grössere Mengen Uran anzureichern, um drei Jahre verzögern, aber Meir Dagan, der ehemalige Chef des israelischen Geheimdienstes Mossad meint, dass drei Monate optimistisch geschätzt sind.

Sogar wenn es drei Jahre wären, wäre der Iran 2015 so weit wie er heute ist – und ein Iran, der von Is-

Fortsetzung Seite 2

Aufruf der IPPNW zu Syrien

Gegen Gewalt – und Krieg!

Nach der Münchener Sicherheitskonferenz der NATO von Anfangs Februar veröffentlichte die deutsche Sektion der mit dem Friedensnobelpreis bedachten Internationalen Ärzte für die Verhinderung eines Nuklearkrieges (IPPNW) eine Erklärung zur Situation in Syrien, die wir auszugsweise dokumentieren.

Seit Wochen mehren sich die Berichte über eine Eskalation der Gewalt in Syrien. Laut UNO haben dort bereits mehrere tausend Menschen ihr Leben verloren. Und internationalen Medien zufolge werden immer mehr Pläne für eine westliche Militärintervention geschmiedet.

(...) Als Mitglieder der internationalen Ärzteorganisation IPPNW sind wir zutiefst besorgt über die immer grössere Zahl von Opfern der Gewalt im Lande, darunter eine grosse Zahl von primär Unbeteiligten. Auch zahlreiche Ärztinnen und Ärzte sowie andere an der Versorgung der vielen Verletzten Beteiligten sind betroffen. Als deutsche Sektion der IPPNW warnen wir aber auch vor einer noch darüber hinaus gehenden Gefahr: Eine westliche Militärintervention kann eine Dynamik in Gang setzen, die weitere Länder wie den Iran erfasst, und schliesslich zu einem Flächenbrand

der gesamten Region führen – die mit Europa direkt benachbart ist. Wenn die NATO darin verwickelt ist, kann dies letztlich sogar in eine offene Konfrontation zwischen den atombewaffneten Grossmächten münden.

Denn es mehren sich die Hinweise, dass die inner-syrischen Konflikte wie der Kampf um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zunehmend von externen Akteuren für eigene Machtinteressen benutzt und hierzu geschürt werden: Offenbar wird nicht nur die syrische Regierung von Russland mit Waffen unterstützt. Sondern die Aufständischen erhalten grosse Geldbeträge aus mit dem Westen verbündeten Golfstaaten und Waffen über die türkische NATO-Basis Incirlik. Sowie Unterstützung von Söldnern aus dem Ausland, etwa aus Libyen. Viele Menschen in Syrien und insbesondere friedliche Teile der Op-

Fortsetzung Seite 2

Gripen-Virus im Bundeshaus

-rumo. In Bundesbern ist ein schlimmes Virus im Umlauf. Viele National- und Ständeräte sind bereits erkrankt. Am schlimmsten jedoch hat es Bundesrat Ueli Maurer erwischt. Das Virus behindert nicht nur dringend notwendige Politgeschäfte, es verursacht auch enorm hohe Kosten. So hat alleine die Findung des Virus mehrere Millionen verschlungen.

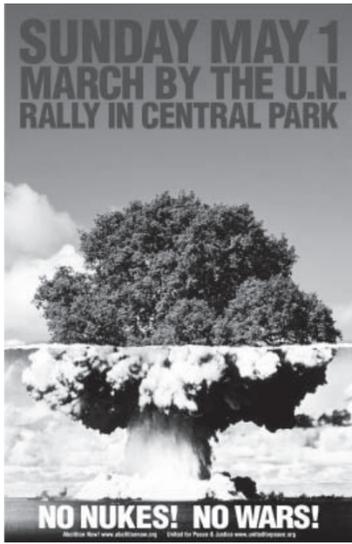
Das Krankheitsbild ist für die Schweiz verheerend. Wer vom Erreger befallen wird, verlangt automatisch, dass noch weitere Geldmittel gesprochen werden. Dabei verlangen die angesteckten Parlamentarier Milliardenkredite. Das Virus ist hoch ansteckend und befällt den gesunden Menschenverstand schon während der Inkubationszeit. So hat zum Beispiel die CVP vorgeschlagen, mit Sparmassnahmen bei Kultur, Bildung und sinnigerweise auch im Gesundheitswesen, die Mittel aus dem laufenden Budget zu nehmen. Wer den Krankheitsverlauf kennt weiss, dass es nicht dabei bleibt. Dieses Virus wird immer mehr und mehr verschlingen wollen.

Im Moment scheint es als gäbe es keine Medikamente und keine Therapie gegen die Krankheit. Hoffnung gibt es nur von denjenigen die sich nicht anstecken lassen und die Heilungsmethode heisst: Volksabstimmung.

Bei dem Virus handelt es sich nämlich um einen schwedischen Kampfvirus namens Gripen. Das Volk will diesen nicht und würde dazu deutlich Nein sagen. Weg wäre die Epidemie. Ja das Volk würde sogar noch weiter gehen und zu allen anderen Kampfviren ebenfalls Nein sagen. Ohne Viren keine Milliardenkredite, ohne Viren keine Sparmassnahmen und ohne Viren keine Beschaffungskriminalität.

Übrigens Virus ist lateinisch und bedeutet: Gift, Saft, Schleim. Über Risiken und Nebenwirkungen lesen Sie bitte «Unsere Welt» und fragen Sie auf keinen Fall Ueli Maurer.

Um die Herausgabe von «Unsere Welt» weiterhin zu ermöglichen bitten wir Sie um Ihre Unterstützung. Schweizerische Friedensbewegung SFB, 4001 Basel, PC 40-1627-7



Keine Nuklearwaffen! Keine Kriege! Bäume statt Atompilze: Plakat der US-Friedensbewegung.

Wahnhaftes...

Fortsetzung von Seite 1

rael und den Vereinigten Staaten von Amerika angegriffen worden ist, wäre entschlossen, so schnell wie möglich Atomwaffen zu bekommen. General Martin Dempsey, der Vorsitzende des Generalstabs der Vereinigten Staaten von Amerika, sagte vor kurzem, israelische Angriffe gegen den Iran «wären destabilisierend und würden nicht ihre langfristigen Ziele erreichen.»

Fürs Fenster bestimmt

Wenn Premierminister Netanyahu und seine Kriegshetzerkameraden wirklich glaubten, dass iranische Atomwaffen die Auslöschung des jüdischen Staates bedeuteten, dann könnte ihr Wunsch, den Iran anzugreifen, verteidigt werden, aber sie glauben das nicht. Das ist nur für die Öffentlichkeit bestimmt. In Wirklichkeit steht hier nicht das Überleben Israels auf dem Spiel, sondern nur die Erhaltung des grossen strategischen Vorteils, den Israel als einziger Staat im Mittleren Osten hat, der über Atomwaffen verfügt.

Ehud Barak, Israels Verteidigungsminister, liess vor kurzem in einem Interview mit dem israelischen Journalisten Ronen Bergman für das New York Times Magazine die Katze aus

dem Sack. «Nach unserer Ansicht bietet ein atomar bewaffneter Staat seinen Anhängern eine ganz andere Art von Schutz. Stellen Sie sich vor, wir geraten in eine neue militärische Konfrontation mit Hezbollah und ein nuklear bewaffneter Iran erklärt, dass ein Angriff gegen Hezbollah als Angriff gegen den Iran betrachtet wird. Wir würden deshalb noch nicht unbedingt zurückstecken, aber das würde jedenfalls unsere Handlungsmöglichkeiten einschränken.»

Na ja. Israel verlor seine letzte militärische Konfrontation mit Hezbollah 2006 sogar MIT einem Atomwaffenmonopol, aber es erlitt in der Folge keine bleibenden Schäden. Wenn Israel nicht mit einer existenziellen Bedrohung konfrontiert ist, sondern nur mit dem möglichen Verlust eines strategischen Vorteils, dann macht es absolut keinen Sinn, einen illegalen Aggressionskrieg gegen den Iran zu beginnen.

Regime ist das Ziel

Aber es gibt noch ein tiefer liegendes Motiv. Netanyahu und seine Kameraden glauben wirklich, dass ein Angriff gegen den Iran das islamische Regime stürzen würde. So sagte Netanyahu zu Bergman: «Eine iranische Bombe würde das Überleben des derzeitigen Regimes gewährleisten, welches sonst nicht sein 40-jähriges Bestehen erleben würde angesichts der Bewunderung, die die junge Generation im Iran für den Westen gezeigt hat. Hätte sie eine Bombe, dann wäre es sehr schwierig, mit der Regierung fertigzuwerden.»

Was Barak und sein Mitkriegstreiber Netanyahu also fordern, ist amerikanische Unterstützung für einen Angriff, dessen wirkliches Ziel es ist, das iranische Regime zu stürzen. Der Gedankengang dahinter ist wahnhaft: die Ansicht, dass das iranische Regime zusammenbrechen wird, wenn es nicht die Bombe bekommt, wird von israelischen wie amerikanischen Kriegstreibern vertreten, aber es gibt keinerlei konkreten Grund, das zu glauben.

Wie vor kurzem Meir Dagan in einer Vorlesung an der Universität in Tel Aviv sagte: «Die Tatsache, dass jemand gewählt worden ist, bedeutet noch nicht, dass er klug ist.»

seits einen Resolutionsentwurf in den Weltsicherheitsrat ein, der konsequent friedensorientiert ist. Dies schliesst ein, nicht nur die weitere Bewaffnung der syrischen Opposition abzulehnen, sondern auch die der syrischen Regierung. Und erfordert verstärkte Anstrengungen für die Schaffung friedlicher Alternativen wie internationale Gespräche mit allen Konflikt- und Interessenparteien!

• an die Arabische Liga:

Nehmen Sie Ihre Beobachtermission wieder auf. Und stärken sie deren Erfolgsaussichten durch einen Appell an Ihre Mitgliedsländer: Ebenso wie die Grossmächte mögen sie umgehend alle Aktivitäten unterbinden, die die Gewalt in Syrien schüren, und stattdessen alle denkbaren Ansätze für eine friedliche Lösung fördern!

• an die syrische Regierung und Opposition:

Rücken Sie von unerfüllbaren Maximalforderungen ab und akzeptieren Sie Verhandlungen. Verhindern Sie so, dass Ihr Land im Blutbad eines von äusseren Interessen angeheizten Stellvertreterkrieges versinkt! Beenden Sie die Zerstörung der zivilen Infrastruktur Ihres Landes und beenden Sie alle Angriffe auf Krankenhäuser, Ärzte und anderes medizinisches Personal!

(Erschienen am 6. Februar 2012 auf der Website der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, www.ipnw.de)

IPPNW...

Fortsetzung von Seite 1

position beklagen, dass so die gewaltfreien Perspektiven der seit Jahren fortschreitenden Reformbewegung zerstört werden. Mit der Konsequenz eines immer grösseren Blutbades zwischen den Bürgerkriegsparteien und immer mehr auch zivilen Opfern. Wer meint, es sei legitim, durch Schürung der inner-syrischen Konflikte einen pro-westlichen «Regime Change» in Damaskus herbeizuführen, um einen Krieg gegen den Iran leichter führbar zu machen und zugleich Russland seiner Marinebasis am Mittelmeer zu berauben, muss sich den Vorwurf der Vorbereitung eines Stellvertreterkrieges und damit eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit gefallen lassen.

Als Mitglieder der ärztlichen Friedensorganisation IPPNW appellieren wir daher:

• an die NATO und insbesondere an die deutsche Bundesregierung:

Sorgen Sie umgehend für die Unterbindung des heimlichen Transfers westlicher Waffen nach Syrien! Erteilen Sie allen Plänen für eine westliche Militärintervention in Syrien eine klare Absage! Auch Embargos sind keine Lösung. Suchen Sie stattdessen die Verständigung mit allen Beteiligten und gehen Sie hierzu insbesondere auch auf Russland zu!

• an die russische Regierung:

Bringen Sie jetzt umgehend Ihrer-

Münchener Sicherheitskonferenz und Nahost

Druck statt Dialog

Vom 3. bis zum 5. Februar 2012 fand in diesem Jahr einmal mehr die Münchener Sicherheitskonferenz statt. Das diesjährige «Klassentreffen westlicher Sicherheitspolitiker» stand stark im Zeichen einer bereits im Vorfeld von Konferenzleiter Wolfgang Ischinger angestossenen Debatte um die Forderung nach einer deutschen Führungsrolle in der Europäischen Union. Aber auch die drohenden Kriege gegen den Iran und Syrien sowie das Verhältnis zwischen der NATO und Russland, insbesondere in der Frage der geplanten Raketenabwehr, spielten eine wichtige Rolle. Jürgen Wagner hat die Konferenz für die Informationsstelle Militarisation (IMI) verfolgt. Aus seiner ausführlichen Analyse (www.imi-online.de) dokumentieren wir die Abschnitte zu Iran und Syrien.

Von Jürgen Wagner

Spekulationen um einen bevorstehenden israelischen Angriff auf den Iran erhielten unmittelbar vor Beginn der Sicherheitskonferenz durch einen Artikel in der Washington Post neue Nahrung, in dem es hiess: «[US-Verteidigungsminister] Panetta geht davon aus, dass es eine hohe Wahrscheinlichkeit gibt, dass Israel den Iran im April, Mai oder Juni angreifen wird.»¹ Panetta selbst betonte auf der Sicherheitskonferenz, die USA würden sich weiter alle Optionen offen halten, also auch die eines Krieges gegen den Iran: «Meiner Meinung nach ist es jetzt das Wichtigste, die internationale Gemeinschaft zusammen zu halten», sagte der US-Verteidigungsminister. «Wir müssen den Druck aufrechterhalten und den Iran überzeugen, dass er keine Nuklearwaffen entwickeln und in die internationale Familie der Nationen zurückkehren sollte.» Seit Wochen wird auch in den USA der Ruf nach einem Militärschlag gegen den Iran immer lauter. So lautet der Titel eines Artikels in der aktuellen Ausgabe der «Foreign

damit (ungewollt) das Problem auf den Punkt: Man spricht über den Iran, aber nicht mit ihm. Dies war auch auf der Sicherheitskonferenz so, zu der kein Vertreter der iranischen Regierung eingeladen wurde, um Teherans Sichtweise darstellen zu können. Das Motto der Sicherheitskonferenz – «Frieden durch Dialog» – erscheint vor diesem Hintergrund nur wie ein schlechter Witz.

Vertrauensbildende Massnahmen wären angesichts der sich zuspitzenden Situation umso wichtiger. Die Destabilisierungskampagne und die verdeckte Kriegsführung müssten sofort beendet und Verhandlungen ohne Vorbedingungen aufgenommen werden. Dem Iran müsste endlich ein substantielles Angebot in Aussicht gestellt werden – vor allem eine Nicht-Angriffsgarantie im Austausch für Zugeständnisse bei der Überwachung seines Atomprogramms. Von iranischer Seite wurde ein solches Verhandlungspaket wiederholt in die Debatte eingebracht – allerdings ohne Resonanz. Stattdessen werden Konsultationen verweigert und Drohungen ausgesprochen, auch auf der Si-



Affairs», dem wohl einflussreichsten ausserpolitischen Magazin der USA: «Zeit, den Iran anzugreifen».²

Allerdings sollte nicht vergessen werden, dass der (verdeckte) Krieg gegen den Iran schon längst begonnen hat: Die USA rüsten seit Jahren oppositionelle Gruppen auf, US-Spezialeinheiten operieren Berichten zufolge schon länger verdeckt im Iran und iranische Wissenschaftler werden immer häufiger Opfer gezielter Tötungen – ohne dass von deutscher (und anderer westlicher) Seite hieran entschiedene Kritik geäussert würde. Im Gegenteil, die Bundesregierung trägt den Wirtschaftskrieg, in Form verschärfter Sanktionen und zuletzt des EU-Ölembargos voll mit und beteiligt sich somit rege an dem derzeitigen Eskalationskurs, der eine militärische Konfrontation immer wahrscheinlicher werden lässt.

Zwar warnte Konferenzleiter Wolfgang Ischinger vor einer solchen Eskalationsspirale: »Es darf nicht die Lage entstehen, dass am Ende die Politik ihren Bankrott erklären muss.« Bezüglich seiner gleichzeitig erhobenen Forderung, neben Sanktionen müssten Teheran auch ernsthafte Dialogangebote gemacht werden, hätte er sich aber zuerst einmal an die eigene Nase fassen sollen. «Iran, der heimliche Gast», titelte die Welt³ und bringt

verantwortlich. Der Westen macht aber allein die syrische Regierung für die dramatische Lage verantwortlich. Diese einseitige Parteinahme ist die Hauptkritik von russischer und chinesischer Seite. Gegenstand der Auseinandersetzungen war vor allem ein UN-Resolutionsentwurf, der u.a. vom Westen unterstützt, von Moskau und Peking aber bemängelt wurde. Der Resolutionsentwurf, so der russische Aussenminister Sergej Lawrow, habe zum Ziel, «die Aufmerksamkeit von den bewaffneten Gruppen in Syrien, die Waffen, Ratschläge und andere Hilfe aus dem Ausland bekommen, abzulenken.» Diese Tatsache «zu vertuschen» sei das eigentliche Ziel der Resolution, wodurch der Blick auf das Kernproblem verstellt würde: «Das Wesentliche besteht eben darin, dass es in Syrien mehr als nur eine Quelle von Gewalt gibt.»⁴ Aus chinesischer Sicht sei der «Missbrauch» der Libyen-Resolution für einen militärischen Regimewechsel eine »negative Fallstudie« gewesen, die sich im Falle Syriens nicht wiederholen dürfe, hiess es in einem quasi-offiziellen chinesischen Zeitungsartikel.⁵

Noch deutlicher war die Kritik des russischen Ex-Premiers und -Aussenministers Jewgeni Primakow: «Besorgnis haben allerdings Stellen im Resolutionsentwurf hervorgerufen, die einige westliche und arabische Länder vorgeschlagen hatten. Diese Stellen könnten, wie die Ereignisse in Libyen gezeigt hatten, für eine bewaffnete Intervention in Syrien gebraucht werden. Wie es mir scheint, wollten Russland und China nicht zum zweiten Mal betrogen werden. [...] Syrien ist hauptsächlich deshalb zum Opfer geworden, weil es dem Iran nahe steht. Die Beseitigung des jetzigen Regimes in Syrien ist ein Teil des Plans zur Isolation des Iran.»⁶

(...) Vor diesem Hintergrund erfolgte das Doppelveto Russlands und Chinas gegen den eingebrachten UN-Resolutionsentwurf. Westlicherseits wurde hierauf überaus scharf reagiert. «Angewidert» sei sie, gab die amerikanische UN-Botschafterin Susan Rice an. Guido Westerwelle nannte das Veto «sehr enttäuschend» und eine «klare Fehlentscheidung».⁷ Doch solche Äusserungen sind scheinheilig. Schon länger kursieren Gerüchte, die auch von den Andeutungen russischer Offizieller gestützt werden, dass «die bewaffneten Kräfte unter den Aufständischen bereits jetzt vom Westen und seinen arabischen Verbündeten aufgerüstet werden.»⁸ Einmal mehr wird versucht, eine – zweifelsohne schlimme – Konfliktsituation zugunsten der eigenen Agenda und unter Verweis auf Menschenrechtsverletzungen für einen Regimewechsel zu nutzen.

(...) Die zur Schau gestellte vollkommen einseitige Parteinahme, die Drohkulissen und das Säbelrasseln tragen ganz sicher nicht dazu bei, eine Verhandlungslösung zu finden, obwohl das angesichts der zahlreichen Toten dringend erforderlich wäre – und wie im Falle des Iran drängt sich auch für Syrien der Verdacht auf, dass dies vom Westen überhaupt nicht gewünscht wird.

Anmerkungen:

[1] Is Israel preparing to attack Iran? Washington Post, 02.02.2012.

[2] Kroenig, Matthew: Time to Attack Iran, Foreign Affairs, Januar/Februar 2012.

[3] Iran, der heimliche Gast, Welt Online, 05.02.2012.

[4] Nach UN-Veto: Lawrow kritisiert Syrien-Resolution als übereilt, RIA Novosti, 06.02.2012.

[5] China verteidigt Veto gegen UN-Resolution, Süddeutsche Online, 06.02.2012.

[6] Ex-Premier Primakow: Russlands Veto gegen Syrien-Resolution «völlig begründet», RIA Novosti, 06.02.2012.

[7] Irans Achillesferse, german-foreign-policy.com, 06.02.2012.

[8] Ebd.



Februar 2011: Tausende von Bahraini protestieren auf dem Perlenplatz in der Hauptstadt Manama. Foto worldpress.com

Nicht überall folgt dem Frühling der Sommer

Bahrain – Das Jahr danach

Vor einem Jahr, am 14. Februar 2011, gingen im Golfstaat Bahrain die Menschen auf die Strasse, um für mehr Arbeit, bessere Wohnbedingungen, politische Reformen und ein Ende der Diskriminierung der schiitischen Bevölkerung zu demonstrieren. Die Proteste wurden brutal niedergeschlagen. Was hat sich seither in der Monarchie für diese Menschen geändert? Ein Artikel anlässlich des Jahrestages der Proteste in Bahrain.

Von Yannick van den Berg

Der Rücktritt von Tunesiens Präsident Zine al-Abidine Ben Ali Mitte Januar 2011 markierte den Start einer sich in vielen Ländern des sogenannten «Mittleren Osten» verbreitenden Protestwelle, die – so die mehrheitliche Sicht europäischer und US-amerikanischer Medien – für mehr demokratische Partizipation und Gleichberechtigung der Menschen eintrat. Die Protestwelle erhielt aus diesem Grund den aus eurozentristischer Sicht passenden Übernamen «the Arab Spring» oder «Arab Uprising».

Karten neu gemischt

Ein Jahr später kann von einer Normalisierung des politischen und gesellschaftlichen Alltags keine Rede sein: Tunesien steht mit seinen friedlich verlaufenen Wahlen für ein «Best-Case-Szenario». Jedoch stellt eine islamisch geprägte Partei die Regierungsmehrheit, was Ängste und Einwände eines um seinen Einfluss bangenden Westeuropas nährt. Im Fall von Libyen führten diese Ängste sogar zu einem völkerrechtswidrigen Überschreiten des UNO-Mandates seitens der NATO. Ob in Libyen und anderswo die gesellschaftlichen Spannungen zwischen liberal und konservativ, säkular und klerikal eingestellten Kräften konstruktiv diskutiert werden können, muss sich noch zeigen. In Marokko, Algerien, Jordanien, Saudi-Arabien, Yemen, Oman, Bahrain und Iran versuchen die politischen Führer die Bevölkerung durch Reformen, politische Zugeständnisse oder Förderungsprogramme ruhig zu halten.¹ Auch in anderen Ländern der Region reagieren die Machthaber nervös auf jedes Anzeichen politischer Instabilität. Oft gehen scheinbar progressive Entwicklungen mit einer offenen oder verdeckten Repression seitens der herrschenden Konfliktparteien einher. In Syrien, Ägypten, Libyen und auch in Bahrain ist die Gewalt zwischenzeitlich eskaliert und wird offen praktiziert. Es ist klar:

Die Karten des nationalen und internationalen Machtpokers werden neu gemischt. Und global gesehen hat der Kampf um die zukünftige Kontrolle der geopolitisch wichtigen Region des Persischen Golfes gerade erst begonnen.

Ein kleines Land mit rund 800 000 Einwohnern spielt in diesem Ringen um Energie, Macht, Geld und Religion eine Schlüsselrolle. Es ist das im Persischen Golf gelegene Königreich Bahrain, das seit dem Frühling 2011 einmal mehr eine gewalttätige Phase der Proteste erlebt.

Der Frühling 2011

Nach dem Vorbild von Tunesien und Ägypten trafen sich vor genau einem Jahr – am 14. Februar 2011 – mehrere tausend Menschen auf dem Perlenplatz («Duwar al-Lulu») in der Hauptstadt Manama, um für Reformen in der Politik, mehr Arbeit und mehr Wohnungen, aber auch für ein Ende der Diskriminierung der schiitischen Bevölkerung zu protestieren. Nachdem die Besetzung einige Tage lang von der Regierung geduldet worden war, starben am 17. Februar bei einer Auseinandersetzung mit der Polizei drei Menschen. Sofort kam es in mehreren Ortschaften Bahrains zu weiteren gewalttätigen Konfrontationen zwischen Protestierenden und der Polizei, als vor allem die schiitische Bevölkerung ihren Unmut auf der Strasse zum Ausdruck brachte. Am 18. Februar liess die Regierung den Perlenplatz stürmen und die Besetzung auflösen. Da der Grund für die Besetzung das zehnjährige Bestehen der National Action Charta war, erhielt der Februar 2011 für die oppositionelle Bewegung eine grosse symbolische Bedeutung. Die National Action Charta wurde nach beinahe einer Dekade voller sozialer Unruhen verabschiedet und führte im Jahr 2002 die heutige Staatsform der konstitutionellen Monarchie ein – davor war Bahrain ein Emirat ohne jedes Konsultativ- oder Mitbestimmungsrecht der Bevölkerung.²

Trotz Demonstrationsverbot konnte die Polizei die Lage nach dem 18. Februar nicht mehr kontrollieren, was dazu führte, dass die Auseinandersetzungen immer brutaler wurden. Um die Entstehung einer breiten Widerstandsbewegung zu verhindern, reagierte das Regime schnell und hart. Wohl auch aus Sorge, die Unruhen in Bahrain könnten zu einem Sturz der Herrscherfamilie al-Khalifa führen oder sich auf andere, politisch labile Staaten der Golfgemeinschaft auswirken, beschloss der Gulf Cooperation Council (GCC) am 10. März 2011 einstimmig, die saudische Spezialeinheit Schild der Halbinsel zu entsenden, um in Bahrain die öffentliche Ordnung wieder herzustellen.³ Das Kriegsrecht wurde ausgerufen, die Proteste mit Waffengewalt unterdrückt und das mittlerweile als Symbol der bahrainischen Opposition wichtige Perlenmonument auf dem Perlenplatz abgerissen.⁴

Zu diesem Zeitpunkt sollen sich an den Protesten über 25 Prozent der Bevölkerung beteiligt haben und es nahmen an den Demonstrationen schon lange nicht mehr nur Schiiten teil.⁵ Denn trotz konfessioneller Unterschiede betrachteten sich die Protestierenden primär als Bahraini und nicht als zu einer religiösen Gruppierung zugehörig. Es ist wichtig, diesen Punkt zu erwähnen, da die Regierung beispielsweise durch den Abriss schiitischer Moscheen und der aktiven Förderung konfessioneller Unterschiede den Eindruck eines entsprechenden Konfliktes zu erwecken versucht, um so das eigene Vorgehen als (sunnitische) Autorität zu legitimieren. Die schiitische Bevölkerung wird in Bahrain tatsächlich systematisch benachteiligt – allerdings sind die Ursachen der aktuellen Proteste nicht so einfach zu erklären. Die Komplexität dieser Ursachen kann hier nicht vollumfänglich aufgezeigt werden; jedoch soll ein kurzer Überblick folgen, damit das Geschehen in Bahrain eingeordnet werden kann.

Der Kampf um politische Reformen und sozio-ökonomische Gleichberechtigung fing bereits im 19. Jahrhundert an, als Bahrain ein Protektorat der britischen Persian Gulf Residency war. Zwar modernisierten die Briten Bahrain und formten durch die administrative Zentralisierung

einen bürokratischen Nationalstaat nach westlichem Vorbild, gleichzeitig verhinderten sie in einer für die britische Kolonialherrschaft typischen Art – Stichwort «indirect rule» – jede politische Initiative zur Selbstbestimmung der urbanen Bevölkerung. Als sich die Briten im Jahr 1971 aus Bahrain zurück zogen, hinterliessen sie ein Machtvakuum, das die al-Khalifa zu füllen vermochten.⁶

Günstlingswirtschaft

Die sunnitische Herrscherfamilie al-Khalifa war eine Gruppe der al-Utub Konföderation im Najd und unterhält bis heute enge Verbindungen zum ebenfalls sunnitischen Haus al-Saud. Im Jahr 1783 eroberte Ahmad ibn Muhammad al-Khalifa, von Qatar über das jetzige Saudi-Arabien kommend, Bahrain und gründete in der Zeit danach neue Siedlungen, darunter das bis zur Unabhängigkeit 1971 als Hauptstadt fungierende Muharraq. Die Eroberung Bahrains und der Bürgerkrieg in den Jahren 1842 bis 1843, in welchem sich die Nachkommen von Ahmad al-Khalifa um die Vorherrschaft stritten, festigten die Herrschaft der al-Khalifa über alle anderen bis anhin um Einfluss streitenden Parteien. Dies markierte den Beginn einer Politik, die zu jeder Zeit das Ziel hatte, die Oberhand über die schiitische Mehrheit der Bevölkerung aufrecht zu erhalten.⁷ Schiiten dürfen heute weder der Polizei noch dem Militär beitreten, noch sind sie in der Regierung anteilmässig vertreten.⁸ Die Tatsache, dass sich bei den Protesten vom Frühling 2011 ausländische Sicherheitskräfte – zum Beispiel aus Pakistan – schiitischen Demonstrierenden gegenüber sahen, begünstigte gewaltvolle Übergriffe. Die konfessionelle Trennung einer schiitischen Unterschicht von einer sunnitischen Oberschicht gereicht der aktuellen Oppositionsbewegung bis heute zum Nachteil, da König Hamad al-Khalifa selbst nach der Veröffentlichung gegenteiliger Beweise der Bewegung unterstellte, sie würde von Teheran aus initiiert werden und sei daher eine Gefahr für die politische Stabilität Bahrains.⁹

Die schiitische Bevölkerung verpasste aufgrund des alten, aber bis heute bestehenden klientelistischen Systems mehrheitlich den Anschluss an den ökonomischen Boom der Öl- und Post-Öl-Ära. Bahrain ist, gemessen am BIP, als ehemaliger Ölstaat und heutiges Finanz- und Dienstleistungszentrum wohlhabend. Trotzdem grassiert die Arbeitslosigkeit vor allem unter der schiitischen



Quelle: www.oekologischelinke.de

Bevölkerung. Sie findet sich heute zunehmend in einer Situation wieder, in der sie mit ausländischen Gastarbeitern um schlecht bezahlte Arbeit konkurrieren muss, diesen Kampf aber verliert.¹⁰ Der Zusammenbruch des Perlenhandels 1920¹¹, der Beginn der Ölförderung 1934 und dann vor allem die wirtschaftliche Diversifizierung aufgrund der versiegenden Ölquellen nach 1970 trieben die Konzentrierung von Kapital voran, da in Krisenzeiten reichere Unternehmer ihr Vermögen bewahren konnten, während der wirtschaftliche Ab-

schwung sozial schlechter gestellte Menschen weit stärker traf. Mit jeder Umstellung der Wirtschaft mussten aber auch die al-Khalifa empfindliche Verluste hinnehmen. Um an Geld zu kommen, verkauften sie ihren weitreichenden Grundbesitz und gaben den Boden somit zur Spekulation frei. Heute sind die al-Khalifa als private Investoren und gleichzeitige Vertreter des Staates solchermassen am milliardenschweren Immobiliengeschäft beteiligt, dass ein Entscheid über ein Bauvorhaben unweigerlich von ihrem Dafür- oder Dagegenhalten abhängig ist. Es ist kein Zufall, dass ab 1971 der Städtebau in Bahrain frei von Regulationen jeglicher Art und von privaten Investoren bestimmt wurde. Die neoliberale Grundhaltung der bestimmenden politischen Kräfte, die Günstlingswirtschaft und die absolute Herrschaft der al-Khalifa fördern vielleicht eine expansive, globalisierte Dienstleistungsökonomie und eine dafür notwendige moderne Infrastruktur, jedoch erfüllt die Stadt als in einem Wüstengebiet einzig möglicher Lebensraum kaum mehr die Erfordernisse der lokalen Bevölkerung. Bahrain benötigt Ingenieure, Berater und Finanzspezialisten, aber keine unausgebildete Unterschicht und keine sozialen Unruhen. Im Jahr 1975 löste Bahrain den Libanon als weltweites Zentrum der islamischen Banken ab und ist seither der wichtigste Knotenpunkt der Finanzwirtschaft im ganzen südwestlichen Asien.

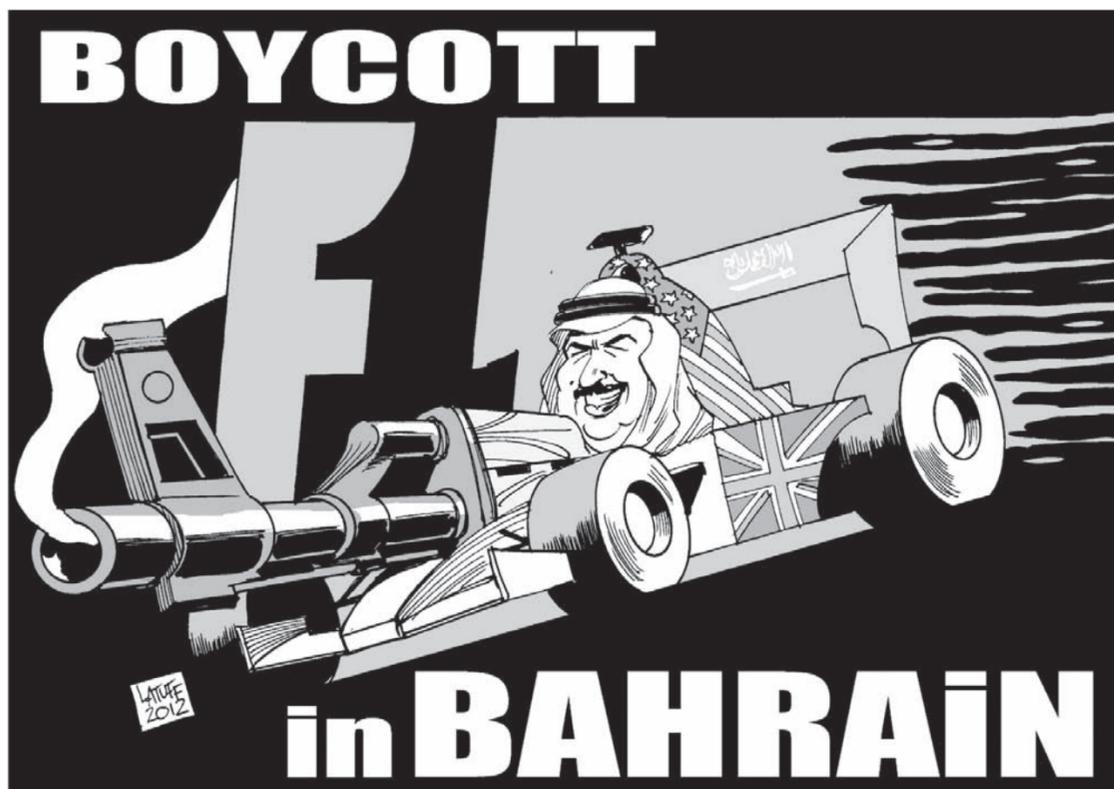
Zusätzlich zu diesen nur kurz angesprochenen Punkten begünstigte in den 60er Jahren ein arabischer Nationalismus – oder auch «Nasserismus» – die Entstehung einer gesellschaftlich breit abgestützten Forderung nach politischer Veränderung, Gleichberechtigung und in neuerer Zeit auch persönlicher Entfaltung. Wie ein roter Faden zieht sich der Kampf mit der Obrigkeit um Reformen und soziale und ökonomische Modernisierung durch die Geschichte Bahrains und erklärt die Persistenz der Proteste vom Frühling 2011.

Nach dem Einmarsch saudischer Truppen im März gab es Anzeichen für eine Beruhigung der Situation: Das Kriegsrecht wurde am 1. Juni widerrufen und es wurden Versprechungen abgegeben, das Geschehene aufzuarbeiten. Die Repression ging im Verdeckten jedoch weiter, was zu einem Abklingen der Proteste in einem Klima der permanenten Angst führte: Dem Regime unliebsame Personen verloren ihre Arbeitsstelle oder wurden überwacht. Medien waren seit jeher zensuriert, verboten oder von der Regierung gezielt für ihre Kampagnen missbraucht worden. Rund zwanzig Ärzte, die verwundete Demonstrierende behandelt hatten, wurden zu Freiheitsstrafen verurteilt, andere Personen verschwanden.¹² Im September 2011 fanden Wahlen statt, die aber von verschiedenen Parteien – unter anderem von al-Wifaq, der grössten schiitischen Opposition – aus Protest boykottiert wurden.

Systematische Verletzung der Menschenrechte

Im Juni bildete König Hamad bin Isa al-Khalifa die Bahrain Independent Commission of Inquiry (BICI), um die Vorfälle vom Frühling untersuchen zu lassen. Die Kommission – bestehend aus fünf Mitgliedern, denen vollständige politische Immunität und die vollumfängliche Zusammenarbeit mit jeder staatlichen Stelle zugesichert wurden – veröffentlichte am 23. November 2011 ihren Bericht.¹³ Seither kam es wieder vermehrt zu grösseren Demonstrationen und zu Zusammenstössen mit der Polizei, bei denen wiederum Menschen umkamen. Die Stimmung wurde zusätzlich durch die Veröffentlichungen der Kommission aufgeheizt, da die Regierung der systematischen und schweren Verlet-

Fortsetzung Seite 4



Karikatur: Latuff

Bahrain...

Fortsetzung von Seite 3

zung internationaler Menschenrechte angeklagt wird. Anfang Dezember klangen die Proteste wieder ab, nachdem die Königsfamilie die Vorwürfe akzeptiert und angekündigt hatte, ein Gremium zur Umsetzung der von der BICI vorgeschlagenen Reformen der Exekutive Bahrains einzusetzen und allgemein eine beschwichtigende Haltung einnahm. Jedoch sind die Zweifel der Bevölkerung an der Ehrlichkeit der Bemühungen der Dynastie al-Khalifa gross, da Folter und Repression das ganze Jahr über weiter geführt wurden. Die im BICI vorgeschlagenen Strategien zur Beilegung des Konfliktes wurden zwar auf einer Internetseite veröffentlicht, bis jetzt sind aber noch keine Fortschritte bei deren Umsetzung gemacht worden. Immer wieder sterben Menschen in Strassenschlachten oder werden missandelt. Daher haben sich die Positionen der oppositionellen Gruppen verschärft, was einen Dialog oder eine Lösung des Konfliktes weiter erschweren dürfte.

Ein Ende ist nicht in Sicht

Es stellt sich die Frage, weshalb die Regierung dermassen brutal gegen die eigene Bevölkerung vorgehen kann. Und weshalb sah sich die Regierung genötigt, einen anderen Staat zur militärischen Intervention auf eigenem Gebiet aufzufordern?

Hier kommen wir zurück zur Geopolitik, zum Ringen um Energie, Macht, Geld und Religion. Im Vergleich zu anderen Golfstaaten besitzt Bahrain seit Jahrhunderten eine einmalige strategische Bedeutung. So ist beispielsweise seit dem ersten Golfkrieg die Fünfte Flotte der USA in Bahrain stationiert.¹⁴ Diese ist Kernstück zur Eindämmung und Überwachung des Irans sowie ein gewichtiger Teil eines Anti-Piraterie-Programmes, mit welchem die Strasse von Hormus kontrolliert wird. Vierzig Prozent des weltweit auf See transportierten Erdöls passieren die Strasse von Hormus. Im Juli 2011 wurde den USA wegen den Unruhen in Bahrain das Risiko eines weiteren Imageverlustes zu gross; Überlegungen wurden angestellt, die Flotte nach Qatar oder in die United Arab Emirates zu verlegen. Bei vierzig Schiffen und einer Besatzung von ungefähr 30 000 Personen ist dies keine leichte Aufgabe.¹⁵ Bis heute ist die Fünfte Flotte nahe Manama, der Hauptstadt Bahrains, am Mina Salman Gateway stationiert. Und laut einer Ankündigung vom 06. Januar 2012 erhöhen die USA trotz massiver Sparmassnahmen ihre militärische Präsenz an zwei Orten: Im

südostasiatischen Pazifik und im Persischen Golf.¹⁶

Wie bereits erwähnt, bekennt sich die Herrscherfamilie al-Khalifa zur sunnitischen Auslegung des Islams. Aber ausgerechnet in den Ostprovinzen Saudi-Arabiens siedeln seit Jahrhunderten ebenfalls systematisch unterdrückte oder aus ihren Gebieten verdrängte Schiiten mit starken Familienbanden nach Bahrain. Der symbolträchtige Perlenplatz lag bis zu seiner Zerstörung am Sheykh Khalifa bin Salman Highway, der über die einzige Landverbindung Bahrains in eben jene Ostprovinzen führt – eines der produktivsten Erdölgebiete der Welt. Für Saudi-Arabien ist es somit immens wichtig, in Bahrain keinen Aufstand zu tolerieren, der sich auf seine Ostprovinzen ausdehnen könnte.

Indem sich die herrschenden Familien der Golfstaaten bis heute an internationalen Interessen orientieren und diesen Ansprüchen gerecht werden, machen sie ihr Land, aber auch ihre Position als Herrscher unangreifbar, weil sie von den grösseren Mächten, die hinter den internationalen Interessen stehen, gestützt werden. Für die jüngere Zeit gilt: In jedem Jahrzehnt seit 1919 kam es in Bahrain aus den oben erwähnten konfessionellen, politischen, sozialen und ökonomischen Punkten zu Unruhen oder grösseren Protesten, die anschliessend gewaltsam niedergeschlagen wurden. Dies erklärt auch den aus der Sicht der Herrschenden «kunstvollen» Umgang mit den Protesten von 2011. Als im März 2011 die Spezialeinheit Schild nach Bahrain entsendet wurde, waren sämtliche Kommunikationswege gekappt und sämtliche Land- oder Seewege gesperrt worden. Es befanden sich nur noch wenige ausländische Reporter im Land und sogar die USA bemerkten nachher, sie wären vom Eingreifen des GCC überrascht worden.

Heute, am Jahrestag der Proteste, fanden in Bahrain wiederum grosse Kundgebungen statt und wieder eskalierte die Gewalt. Die Transparenz der Regierung in der Aufarbeitung der Geschehnisse scheint bisher nur ein Lippenbekenntnis gewesen zu sein, dem bis jetzt keine Taten folgten. Nicht einmal die von der BICI namentlich genannten Verantwortlichen der Menschenrechtsverletzungen mussten sich bis jetzt vor einer gerichtlichen Instanz verantworten. Der von der Regierung über Jahre aufgebaute Geheimdienstapparat agiert nach wie vor ohne jedes «Funktionsdefizit». Die Situation stimmt traurig und ein Friede scheint wegen der kompletten Abwesenheit einer ehrlichen Bemühung zum Dialog ausser Reichweite. Es ist zu erwarten, dass

sich das Engagement der Grossmächte in der Region eher noch verstärkt und sich die ökonomische Krise verschärft. Die letzten, die davon profitieren werden, sind die unterdrückten Menschen in Bahrain.

Anmerkungen

1 Vgl. exemplarisch CNN International: *Unrest in the Arab World*.

2 Bahry, Louay (1997): *The opposition in Bahrain: A bellwether for the Gulf?* In: *Middle East Policy*, 5 (2), S. 42-57.

3 *Das Kriegsmaterial stammte im Falle Saudi-Arabiens zum Teil aus der Schweiz*. Vgl. *Tagesanzeiger.ch: Schweizer Panzer kam gegen Opposition in Bahrain zum Einsatz*.

4 Al Jazeera: *Bahrain, one year later*.

5 Al Jazeera: *Shouting in the dark*.

6 Fuccaro, Nelida (2009): *Histories of City and State in the Persian Gulf. Manama Since 1800*. Cambridge Middle East Studies, Nr. 30. New York: Cambridge University Press.

7 Ungefähr 65 Prozent der Bevölkerung Bahrains sind Schiiten.

8 Smolczyk, Alexander (2011): *Der Dominostein am Persischen Golf: Bahrain und der Arabische Frühling*. In: *Le Monde diplomatique*, Nr. 9517 vom 10.06.2011, S. 8-9.

9 *Middle East Voices: Iran not linked to Bahrain Protests*.

10 *Der Diskurs um die Gastarbeiter ist eines der Hauptthemen, wenn die sozialen Unruhen vom Frühling 2011 in ihrem Entstehen begriffen werden wollen. Für einen Einstieg bieten sich an: Bahry, Louay (1997): The opposition in Bahrain: A bellwether for the Gulf? In: Middle East Policy, 5 (2), S. 42-57. al-Jabal, Ali (2010): Human Trafficking: The Bahrain Experience. In: The Juridical Current, 43 (4), S. 46-52. Gardner, Andrew M. (2008): Strategic Transnationalism: The Indian Diasporic Elite in contemporary Bahrain. In: City & Society, 20 (1), S. 54-78.*

11 Ungefähr 1920 bis 1930. Im Jahr 1920 arbeiteten nach Schätzungen zehn Prozent der gesamten Arbeitskraft des Persischen Golfes im Perlenhandel.

12 *Quelle: Interview mit einer Menschenrechtsaktivistin, durchgeführt am 20.11.2011*

13 Cherif Bassiouni, Mahmoud et al. (2011): *Report of the Bahrain Independent Commission of Inquiry*. Manama: <http://files.bici.org.bh/BICireportEN.pdf> (23.11.2011) oder auf <http://www.bici.org.bh/> (16.02.2012).

14 *Seit Beginn des 19. Jahrhunderts stand Bahrain unter kolonialem Einfluss der Briten, welche die Inseln als Stützpunkt für ihre Flotten und ihren Handel mit Indien nutzten. Ab 1861 war die britische Kolonialverwaltung für die Verteidigung von Bahrain zuständig und ab 1946, nach der Unabhängigkeit Indiens, befand sich sogar der Hauptsitz der Persian Gulf Residency bis 1971 in Bahrain. Das US-amerikanische Militär übernahm die alten Militärbasen der Briten und baute sie im ersten Golfkrieg aus.*

15 *The Australian: US fleet may quit troubled Bahrain*.

16 *Tagesanzeiger: Obama streicht US-Militäretat zusammen*.

Tod durch Schweizer Waffen**Made in Switzerland**

Von Heinrich Frei

Im Jahre 2011 hat die Schweiz für 872,7 Millionen Franken Kriegsmaterial in 68 Länder exportiert (2010: 640,5 Millionen). Dies entspricht einer Zunahme um 36 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Wichtig wäre es – neben diesen «reinen» Frankenbeträgen – die Frage zu stellen: «Wie viele Kinder, Frauen und Männer wurden im letzten Jahr durch helvetisches Kriegsmaterial getötet?» Darauf gibt die Statistik der Kriegsmaterialexporte keine Antwort. Werden es die freien Schweizer Medien wagen, diese Frage zu stellen, die Tageszeitungen, die Zeitungen der Kirche, der Gewerkschaften, Radio, Fernsehen, die Alternativmedien?

Die eidgenössischen Rüstungsexporte des letzten Jahres gingen zu einem grossen Teil in das Pulverfass des Nahen Ostens, an islamische Staaten, die Menschenrechte mit den Füßen treten und aktiv dabei waren, in Bahrain die Demokratiebewegung mit Waffengewalt niederzuschlagen, unter anderem an die Arabischen Emirate und an Saudi-Arabien. Rüstungsexporte wurden im letzten Jahr auch an Nato-Staaten verkauft, die in Afghanistan, Pakistan, dem Irak, dem Jemen, in Libyen und in Somalia Krieg führten und führen. Auch Länder, in denen Menschen gefoltert werden, waren Kunden der helvetischen Rüstungsindustrie. Indien und Pakistan, Staaten in denen Millionen Menschen in Elend und Hunger le-

ben, waren wieder Empfänger von CH-Kriegsmaterial.

Laut der revidierten Verordnung über den Export von Kriegsmaterial ist die Ausfuhr an Staaten verboten, die «in einen bewaffneten Konflikt verwickelt sind» oder an Staaten welche «die Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzen». Diese Verordnung ist seit Dezember 2008 in Kraft. Der Bundesrat hat im letzten Jahr wiederum seine eigene Gesetzgebung missachtet, indem er den Begriff des bewaffneten Konfliktes nach Gutdünken interpretiert, wie 70 Rechtsgelehrte schon vor drei Jahren in einem offenen Brief an Bundesrätin Leuthard festhielten: «Der Bundesrat hat den Begriff des bewaffneten Krieges undefiniert, um in mehr Länder exportieren zu können», wie Prof. Marco Sassöli und die anderen Rechtsgelehrten schrieben. Der Genfer Uni-Professor Sassöli setzt sich auch heute dafür ein, «dass der Bundesrat seine eigene Verordnung einhält».

Nichts Neues unter der helvetischen Sonne

Von 1975-2011 exportierte die Schweiz für 14,941 Milliarden Franken Kriegsmaterial, laut der offiziellen Statistik des Bundes. Zu einem grossen Teil gingen diese Ausfuhr an Krieg führende Staaten, in Spannungsgebiete, an menschenrechtsverletzende Regimes und an arme Länder in der Dritten Welt, in denen Menschen hungern.

Protest von medico und Olivenöl-Kampagne**Das Leben verleiden**

«Die israelische Administration macht der palästinensischen Bevölkerung das Leben in den C-Gebieten unmöglich», schreiben medico international schweiz und die Kampagne Olivenöl in einer gemeinsamen Erklärung. Grund dafür ist der geplante Abriss von Solaranlagen in den Hügeln von Hebron.



Solaranlage in der beduinischen Gemeinde Umm al Kahir bei Hebron. Foto medico

Israelische Behörden wollen im Westjordanland im Rahmen humanitärer Projekte finanzierte Solar- und Windanlagen, die mit schweizerischen und deutschen Mitteln ermöglicht wurden, abreißen lassen. Betroffen sind Anlagen, welche die Kampagne Olivenöl und die Frankfurter Hilfs- und Menschenrechtsorganisation medico international, Schwesterorganisation von medico international schweiz, in Zusammenarbeit mit der israelischen Organisation Comet-ME in palästinensischen Dörfern der Südhebronhügel errichtete. Finanziert wird die Initiative aus Spendengeldern und finanzieller Unterstützung des Deutschen Auswärtigen Amtes, durch die DEZA und die Schweizer Botschaft in Tel Aviv.

Die betroffenen PalästinenserInnen in verschiedenen Dörfern im Süden von Hebron sind von der dezentralen, regenerativen Energieversorgung abhängig, da die israelische Administration den Anschluss an die bestehende Infrastruktur in den sog. C-Gebieten

entgegen dem bestehenden Humanitären Völkerrecht verweigert. Die israelischen Behörden fördern dort zwar den Bau jüdischer Siedlungen mit grosszügigen Subventionen, genehmigen PalästinenserInnen aber nicht den Bau von Kindergärten oder Gesundheitseinrichtungen. Infrastrukturmassnahmen wie der Bau von Wasserleitungen und die Verlegung von Stromleitungen werden ebenfalls nicht gestattet.

Der drohende Abriss ist Ausdruck einer Politik der gezielten Rückentwicklung. Die israelische Administration macht der palästinensischen Bevölkerung das Leben in den C-Gebieten unmöglich. Sie werden so in die dichtgedrängten städtischen Enklaven Ramallah oder Hebron verdrängt. Aber ohne den ländlichen Raum der C-Gebiete – immerhin 60 Prozent der Westbank – ist kein lebensfähiger palästinensischer Staat möglich. Mit dieser Abrissprozedur erteilt die israelische Politik einer Zwei-Staaten-Lösung faktisch eine Absage.



Oberstleutnant der US-Armee Daniel L. Davis (rechts) im afghanischen Kampfeinsatz. Foto afghanreport.com.

Lügen und die Wahrheit über Afghanistan

Der ernüchterte Oberstleutnant

Daniel L. Davis, ein Oberstleutnant der US-Armee, fordert in einem Erfahrungsbericht in der Zeitschrift «Armed Forces Journal» dazu auf, das Lügen über angebliche «Erfolge» im Afghanistan-Krieg zu beenden und endlich die ungeschminkte Wahrheit zu sagen. Wir dokumentieren diesen – aus der Sicht der Besatzungsmacht und aus militärischer Optik geschriebenen – Bericht gekürzt.

Von Daniel L. Davis

Während meines letztjährigen Afghanistan-Aufenthaltes habe ich viele US-Einheiten und ihre afghanischen Partner besucht und zahlreiche Gespräche geführt. Meine Tätigkeit für die Rapid Equipping Force REF (Schnelle Ausrüstungsbeschaffungsabteilung der US-Armee) führte mich in alle wichtigen Kampfgebiete, in denen unsere Soldaten Feindberührung hatten. Im Lauf von 12 Monaten legte ich mehr als 9.000 Meilen zurück und reiste, patrouillierte und sprach mit Soldaten in Kandahar, Kunar, Ghazni, Khost, Paktika, Kunduz, Balkh, Nangarhar und anderen Provinzen.

Was ich dabei erlebte, hatte keinerlei Ähnlichkeit mit den in rosigen Farben gehaltenen Schilderungen der US-Militärführung über die Verhältnisse in Afghanistan.

Als ich nach Afghanistan ging, glaubte ich noch, ihre Behauptungen trafen zu, die Bedingungen in Afghanistan hätten sich verbessert und die Verwaltung und das Militär Afghanistans seien auf dem Weg in die Selbständigkeit. Ich erwartete keine dramatischen Verbesserungen, hoffte aber, wenigstens positive Tendenzen erkennen zu können und Kompanien oder Bataillone anzutreffen, die minimale, aber dauerhafte Fortschritte erzielt hatten. Stattdessen erlebte ich auf allen Ebenen nur Erfolglosigkeit.

(...) Als Repräsentant der Rapid Equipping Force hatte ich die Aufgabe, mit unseren Soldaten über ihre Bedürfnisse und ihre Verhältnisse zu sprechen. Deshalb begleitete ich mo-

torisierte und stationäre Patrouillen bei ihren Kampfeinsätzen und verbrachte viel Zeit mit normalen Army-Einheiten und mit Einheiten der Special Forces. Ich führte viele Gespräche und Interviews mit mehr als 250 im Fronteinsatz befindlichen Soldaten aller Ränge – vom 19-jährigen Schützen bis zum Divisionskommandeur und zum Stabsoffizier. Ich habe mich auch ausführlich mit Vertretern der afghanischen Sicherheitskräfte, mit afghanischen Zivilisten und mit einigen Dorfältesten unterhalten.

Ich erlebte die unglaublichen Schwierigkeiten, mit denen jede Militärmacht konfrontiert ist, die versucht, auch nur ein Teilgebiet einer einzigen Provinz zu befrieden; immer wieder wurde mir erzählt, dass die Aufständischen praktisch jedes Stück Land kontrollieren, das sich nicht in Sichtweite der Streitkräfte der USA und der ISAF befindet. (...)

Schlimm bis unerträglich

Über Vieles, was ich während meines Afghanistan-Aufenthaltes selbst erlebt und berichtet oder in offiziellen Berichten gelesen habe, kann ich nicht sprechen, weil diese Informationen als geheim eingestuft sind. Ich kann aber sagen, dass zwischen diesen internen Berichten über die wirklichen Zustände – meinen eigenen und denen anderer Dienststellen – und den offiziellen Erklärungen über angebliche Fortschritte eine tiefe Kluft besteht.

(...) Im Januar 2011 machte ich meinen ersten Besuch beim 1st Squadron der 32nd Cavalry (bei der 1. Schwadron des 32. Kavallerie-Regiments, einer Panzereinheit) in den Bergen der Provinz Kunar in der Nähe der pakistanischen Grenze. Bei einer Patrouille zur nördlichsten US-Stellung im östlichen Afghanistan erreichten wir eine Station der Afghan National Police ANP, die 2½ Stunden zuvor einen Taliban-Angriff gemeldet hatte.

Als ich den Chef der Polizeistation durch den Dolmetscher fragen liess, wo der Angriff stattgefunden hätte, zeigte er auf einen Berg in der Nähe.

Ich fragte weiter: «Wie verhalten Sie sich normalerweise in solchen Situationen? Lassen Sie die Angreifer von Ihren Leuten verfolgen? Lassen Sie die Umgebung regelmässig von Patrouillen kontrollieren? Was tun Sie überhaupt?» Während der Dolmetscher meine Fragen übersetzte,

wanderte der ungläubige Blick des Polizeichefs zwischen ihm und mir hin und her. Dann lachte er. «Aber nein! Wir verfolgen sie doch nicht, das wäre viel zu gefährlich!»

Nach Aussage der US-Soldaten verlassen die afghanischen Polizisten ihre geschützten Kontrollpunkte nur ganz selten. In diesem Teil der Provinz bleiben die Taliban völlig unbehellig.

Im Juni befand ich mich im Bezirk Zharay in der Provinz Kandahar mit einer Fusspatrouille auf dem Rückweg in deren Basis; als wir Gewehrschüsse hörten, wussten wir, dass die Taliban einen US-Kontrollpunkt angriffen, der etwa eine Meile entfernt war. Als ich in den Gefechtsstand der Einheit kam, beobachteten der Kommandant und sein Stab den Angriff in einer Video-Liveübertragung. Zwei ANP-Fahrzeuge blockierten die Strasse, die zum Angriffsort führte. Die Schüsse wurden hinter einem Heuschaber abgegeben. Wir sahen zu, wie zwei afghanische Männer hinter dem Schober hervorkamen, ein Motorrad bestiegen und damit auf die afghanischen Polizisten in ihren Fahrzeugen zufuhren.

Der US-Kommandant wandte sich an den afghanischen Funker, um sicherzugehen, dass dieser die Polizisten aufforderte, die Männer zu stoppen. Der Funker schrie wiederholt in sein Sprechfunkgerät, bekam aber keine Antwort. Auf dem Bildschirm konnten wir beobachten, wie die beiden Männer auf ihrem Motorrad langsam an den ANP-Autos vorbeifuhren. Die Polizisten versuchten nicht, sie zu stoppen und meldeten sich über Sprechfunk erst, als das Motorrad ausser Sicht war.

(...) Im August begleitete ich eine US-Fusspatrouille im Bezirk Panjwai in der Provinz Kandahar. Mehrere Soldaten der Einheit waren erst kürzlich im Kampf getötet worden; einer davon war ein sehr beliebter und erfahrener Soldat. Ein höherer Offizier der Einheit stellte mir die rhetorische Frage: «Wie kann ich seinen Kameraden in die Augen sehen, wenn ich sie Tag für Tag wieder rausschicke? Und was noch schwerer ist: Wie kann ich den Frauen der Soldaten in die Augen schauen, wenn ich zurückkomme und ihnen sagen muss, ihre Männer seien für eine gute Sache gestorben? Wie soll ich das schaffen?»

Ein höherer Mannschaftsdiensgrad fügte hinzu: «Die Burschen reden untereinander: «Hoffentlich lebe ich lange genug, damit ich vorher wenigstens noch zu einem Kurzurlaub nach Hause kann», oder, «ich hoffe, dass ich nur einen Fuss verliere.» Manchmal

sagen sie sogar, welcher Körperteil ihnen am liebsten wäre: «Hoffentlich ist es nur mein linker Fuss.» Sie glauben nicht daran, dass die Militärführung zwei Etagen höher wirklich versteht, was sie erleben und in welcher Situation sie sich tatsächlich befinden.»

(...) An allen von mir besuchten Plätzen war die Sicherheitslage schlimm bis unerträglich. Wenn die Begebenheiten, die ich beschrieben habe – und viele, viele andere, die ich noch hätte beschreiben können – am Anfang oder sogar noch im dritten oder vierten Jahr des Afghanistan-Krieges passiert wären, hätte man darauf hoffen können, dass es nach weiteren harten Kämpfen besser wird. Die Ereignisse fanden aber im 10. Jahr des Krieges statt. Auch die Höhe unserer Verluste und die Anzahl der feindlichen Angriffe bestätigten, was ich selbst in Afghanistan beobachten konnte: Es gibt keinerlei Fortschritte.

Glaubwürdigkeitslücke

Ich bin nicht der Einzige, der die Diskrepanz zwischen den offiziellen Erklärungen und der wirklichen Lage erkannt hat. (...) Im Februar 2011 schrieb Anthony Cordesman vom Center for Strategic and International Studies, dass die Führung der ISAF und der US-Streitkräfte nicht zutreffend über die tatsächliche Situation in Afghanistan berichtet.

«Seit Juni 2010 sind die von den USA zur Veröffentlichung freigegebenen Berichte immer dünner geworden; es wurde immer nur behauptet, man befinde sich «auf der Strasse des Sieges», Rückschläge und noch bestehende Probleme wurden verschwiegen», bemängelte Cordesman. «Die Berichte waren von der politischen Entscheidung geprägt, die von den Taliban und den Aufständischen in den Jahren 2002 bis 2009 erzielten Erfolge zu ignorieren oder herunterzuspielen, die durch die schwache, korrupte afghanische Regierung verursachten Probleme zu verschleiern, die mit den Taliban-Schlupfwinkeln in Pakistan verbundenen Risiken zu untertreiben und gleichzeitig die taktischen «ISAF-Siege» zu übertreiben; der zunehmende Einfluss der Taliban in den von ihnen kontrollierten, immer grösser werdenden Gebieten wurde schlicht ignoriert.»

Wie viele Männer müssen noch für ein erfolgloses Unternehmen sterben, das seit mehr als sieben Jahren von

der US-Militärführung in Afghanistan mit falschen Siegesmeldungen am Laufen gehalten wird? Niemand erwartet von dieser Führung nur Erfolge. Aber die Bevölkerung der USA und vor allem die Männer, die in Afghanistan kämpfen und sterben, können erwarten, dass sie wenigstens die Wahrheit sagt und mitteilt, was dort wirklich los ist.

(...) Wenn die US-Amerikaner die öffentlichen Erklärungen führender Militärs mit geheimen internen Berichten vergleichen könnten, würden sie die klaffende Glaubwürdigkeitslücke sofort erkennen. Natürlich bin ich nicht autorisiert, Verschlussachen zu veröffentlichen. Ich kann aber Mitglieder des Kongresses darüber informieren. Deshalb habe ich eine viel ausführlichere geheime Version meines Berichtes mehreren Mitgliedern des Kongresses, sowohl Demokraten als auch Republikanern im Senat und im Repräsentantenhaus, zukommen lassen. (...)

Die Wahrheit sagen

Wenn darüber entschieden werden muss, ob unsere Nation Krieg führen soll, ist unsere Führung verpflichtet, der Bevölkerung und den uniformierten Mitbürgern die Gründe dafür zu nennen und dabei die Wahrheit – und nichts als die Wahrheit – zu sagen; sie muss darüber informieren, was auf dem Spiel steht und wie teuer ein Erfolg erkaufte werden müsste. Die US-Bürger und ihre gewählten Repräsentanten können dann entscheiden, ob sie bereit sind, den Blutzoll und die hohen Kriegskosten zu bezahlen.

Es muss natürlich auch darüber entschieden werden, ob ein Krieg fortgesetzt wird, ob die Kriegsziele verändert werden oder ob ein Krieg beendet wird, wenn er nicht mehr zu einem akzeptablen Preis gewonnen werden kann; unsere Führung hat dann die Verpflichtung, dem Kongress und dem US-amerikanischen Volk die ungeschminkte Wahrheit zu sagen und die Menschen entscheiden zu lassen, welcher Kurs gesteuert werden soll. Nur dann steht das Militär wirklich unter demokratischer Kontrolle. Die Militärführung sollte dem US-amerikanischen Volk mehr Respekt zollen, als sie das in den letzten Jahren getan hat. Wenn sie einfach nur die Wahrheit sagt, wäre das schon einmal ein guter Anfang.

Quelle: <http://www.luftpost-kl.de>

Ostermarsch 2012
Kriege abschaffen

Atomwaffen verschrotten
Atomkraftwerke stilllegen
Jetzt!

Ostermarsch in Müllheim - Marche pascale
AM OSTERMONTAG, 9. APRIL 2012
Demonstration für eine Kultur des Friedens
Manifestation pour une culture de la Paix
14.00 UHR - ROBERT SCHUMAN KASERNE - MÜLLHEIM
15.00 UHR - MARKTPLATZ MÜLLHEIM

Friedensrat Markgräflerland & DGB Markgräflerland

Marche de Pâques CH
Ostermarsch CH

Ostermontag, 9. April 2012, Bern
Lundi de Pâques, 9 avril 2012, Berne

13.00 Auftakt / Départ: Eichholz an der Aare
Tram 9 ab Hauptbahnhof bis Endstation Wabern
Tram 9 depuis la gare en direction de Wabern, descendre au terminus de Wabern

Louise Schneider, Gruppe für eine Schweiz ohne Armee
Groupe pour une Suisse sans armée
www.gsoa.ch / www.GSoA.ch

Ostermarsch – Marche de Pâques
entlang der Aare – le long de l'Aar

14.30 Schlusskundgebung / Clôture
Münsterplatz

Angelica Ortiz
Mitarbeiterin der Frauenbasisorganisation Fuerza de Mujeres Wayuu
Collaboratrice de l'organisation féminine de terrain Fuerza de Mujeres Wayuu

Musik / Musique GSoA Band «Pazif und ab u zue blutt»
sowie Chèvre Chô
www.myspace.com/chevrecho

Feines Essen und Trinken aus dem Jura /
Buffet jurassien
www.marchebio.ch

RECHT OHNE GRENZEN
Was Recht ist, grenzt nicht.

Stopp der wirtschaftlichen Gewalt –
Rohstoffe zum Leben
Stop à la violence économique –
des matières premières pour vivre

www.ostermarschbern.ch www.marchedepaques.ch



Am 12. April 1945 befreiten sich die 22 000 überlebenden Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald in einem bewaffneten Aufstand von ihren faschistischen Schergen. Ein Jahr später verfassten einige der ehemaligen KZ-Insassen im Gedenken an ihre 51 000 «erschossenen, gehängten, zertrampelten, erschlagenen, ersticken, ersäuften, verhungerten, vergifteten» Kameraden die Schrift «Das war Buchenwald. Ein Tatsachenbericht».

Der Schriftsteller Bruno Apitz, der als Häftling Nr. 2417 selbst acht Jahre Buchenwald überlebt hatte, schreibt im Vorwort: «Das Buch soll brennen in deiner Hand! Brennen in deiner Scham, mitschuldig geworden zu sein oder brennen in deiner Empörung, dass mitten in deinem Vaterland eine Rotte politisch und moralisch Verkommener Morde und Verbrechen begangen hat, die ihresgleichen in der Geschichte der Völker suchen. Frage nicht zweifelnd: «Ist das auch alles wahr?» Lass dir von uns sagen, dass die Wahrheit über die Konzentrationslager nur ein schwacher Widerschein der Wirklichkeit ist. Die Wirklichkeit war noch viel schlimmer. Lege vielmehr das Buch aus der Hand und schwöre dir und deinem Volke, von nun an mitzukämpfen in den Reihen von uns Antifaschisten, damit die Schmach des Faschismus von der Erde getilgt werde und nimmer, nimmer wiederkehre.» In diesem Sinne dokumentieren wir mit «Der Flüchtling» nebenstehend einen von sechs Beiträgen, die der Autor von «Nackt unter Wölfen» (2012 im Aufbau Verlag in erweiterter Fassung neu verlegt) für «Das war Buchenwald» geschrieben hat.

Niemals vergessen, was Faschismus war und ist

Der Flüchtling

Von Bruno Apitz

Frühmorgens 10 Uhr kam der Befehl zum Einrücken. Was ist los? Warum rücken wir vorzeitig ein? Ist einer getürmt? Ja, es ist einer getürmt! Auf dem Appellplatz sammelten sich die Arbeitskolonnen und traten blockweise an. Jetzt hiess es: «Stehen». Stehen, bis der Flüchtling eingefangen worden war. Das konnte lange dauern. 5 Stunden, 10 Stunden, anschliessend vielleicht die ganze Nacht.

Das Lager war niemals gut auf einen Flüchtling zu sprechen. Die meisten von ihnen wurden wieder eingefangen. Wegen einer solchen sinnlosen «Selbsthilfe» mussten Tausende leiden, starben hinterher noch viele an den Strapazen des Stehens. Die SS war mit Hunden und Knüppeln unterwegs, den Flüchtling zu suchen. Wir standen. Es wurde Mittag. Der Hunger kam. Wir vertraten uns die Füsse. Zum Glück regnete es nicht. Träg krochen die Viertelstunden dahin. Die Zeiger an der Turmuhr des Tores schienen stillzustehen. Ewig währte es, bis eine Stunde vergangen. Wir wurden müd und matt. Immer noch war es Mittag. Wenn es nur erst Nachmittag wäre. Vielleicht finden sie ihn bald? Vielleicht lassen sie uns am Abend abrücken, und wir brauchen in der Nacht nicht zu stehen? ... Einer lehnt sich an den anderen. Man stützt sich gegenseitig. Mancher stützt sich heimlich zwischen seinen stehenden Kameraden nieder. Der Blockälteste «sieht» es nicht. Aber der Warnruf «Achtzehn!» scheucht alles wieder

hoch. Ein Scharführer geht durch die Blocks und kontrolliert. Sie stehen ausgerichtet auf Vordermann und Seitenrichtung. Tadellos. Wir grinsen innerlich vor Schadenfreude, dass er «unverrichteter Dinge» wieder abzutern muss nach der Blockführerstube. Wir sind wieder allein und stehen.

Wie spät ist es? Kaum 5 Minuten ist es her, dass man auf die Uhr gesehen hat, es scheinen Stunden zu sein. Dort macht einer schlapp. Er taumelt nach vorn und wird aufgefangen. Mit eingebogenen Knien hängt er zwischen den haltenden Armen der Kameraden. Man versucht, ihn aufzurichten. Doch die Beine versagen, sie knicken immer wieder ein. So legt man ihn denn neben den stehenden Block. Schiebt ihm noch eine zusammengeknüllte Jacke als Kopfkissen unter. Einer hat ihm das Hemd geöffnet und ihm Luft verschafft. Seine Nase wird spitz und wachsbleich das Gesicht. Er atmet stossweise. «Der geht kaputt!», meinen die Erfahreneren.

Wir stehen. Wieder hat sich eine Stunde träge davongeschleppt. Wir stehen ... Jetzt sind es schon mehrere, die schlappgemacht haben. Auch die Kräftigsten spüren es in sich, die Glieder sterben ab, der Rücken schmerzt, als sässen Messer zwischen den Rippen. Die Schultern tun weh, die Arme hängen schlapp. Wenn man nur ein paar Schritte gehen könnte, um das tote Blut wieder in Bewegung zu bringen ... «Achtzehn!» Der Scharführer kommt wieder. Er bleibt vor einem der Zusammengebrochenen stehen, drückt ihm prüfend die

Stiefelspitze in die Seite und befiehlt ihm aufzustehen.

Der Kranke bemüht sich, dem Befehl nachzukommen. Aber er ist zu schwach und sinkt immer wieder zurück. Doch der Scharführer gebietet den Zunächststehenden, den Kranken aufzunehmen. Sie gehorchen und nehmen ihn rechts und links zwischen sich. Jetzt «steht» er mit. Aber es ist nur ein Hängen und Schaukeln. Die Beine versagen, der Kopf fällt nach vorn. Immer wieder sackt er zusammen und muss hochgerissen werden. Wenn sie ihn auf die Beine stellen, knickt er ein wie ein leerer Schlauch. Es ist, als hätte er keine Knochen mehr im Leibe. Und wir stehen ...

Endlich, nach 8 Stunden, kommt Leben in die müden Knochen. Es pfeift! Es pfeift wie toll an allen Ecken. Fern und nah, überall ertönt das Pfeifen. Sie haben ihn! Sie haben ihn! Die Nacht ist gerettet. Die Knochen straffen, die Hälse recken sich. Sie haben ihn! Ein erlöstes Raunen geht durch die Blocks. Alles schaut nach der Richtung, aus welcher sie ihn vermutlich bringen werden. Tot oder lebendig, das ist ja so gleichgültig, die Hauptsache ist, dass sie ihn haben ...

Die ersten Scharführer kommen an mit ihren Schweisshunden. Man vergisst, auf die Uhr zu schauen, denn jetzt vergeht die Zeit. Noch einige Scharführer kommen, die zerrenden Hunde an der Leine, den Karabiner vorn quer vor der Brust. Und dort, am Ende des Zaunes, lärmt es auf. Sie bringen ihn! Ein johlender Haufen von Scharführern rennt am Zaun entlang zum Tor, knüppelschwingend! Ihnen voran, torkelnd und taumelnd, etwas, das einem Menschen ähnlich sieht. Der Flüchtling, von Hunden umrast und angesprungen.

Er fällt, Hunde und Scharführer reissen ihn wieder hoch mit Gebell und Geschrei und Geknüppel. Er torkelt weiter, vornübergebeugt, die Arme schützend gegen die anspringenden Hunde und prellenden Knüppel der Scharführer erhoben. Seine zerfetzte Kleidung flattert wie ein Harlekinkostüm in Streifen und Bändern um den blutenden Körper. So wälzt sich die Kavalkade den Zaun entlang, durch das Tor, ins Lager herein.

An der Mauer des Bunkers bleibt der Flüchtling mit dem letzten Rest seiner Kraft kleben, sinkt dann aber wie ein Sack in sich zusammen. Gierig verbeisst sich das Rudel der Schweiss-hunde in seinen Körper. Vielleicht ist der Flüchtling schon tot? Wohl ihm! Wir empfinden keinen Hass mehr gegen ihn, wenn wir auch einen ganzen Tag seinetwegen gestanden haben. Sosehr wir ihn, den Ausreisser, gehasst, so sehr empfinden wir jetzt mit ihm als einem Freund und Bruder. Was da oben jetzt geschieht, geht alle an. Dort oben wird wieder einer «fertiggemacht». Dumpf und stumpf stehen wir und müssen zuschauen, wie sie ihn dort oben zu Ende bringen. In wehrlosem Grimm starren wir zum Tor. Keiner denkt mehr an die durchgemachten Strapazen, keiner fühlt mehr seinen schmerzenden Rücken. Die Gefühle der Tausende schmelzen zu einem einzigen zusammen ...

Hundertmal schon erlebt. Hundertmal schon in ohnmächtiger Wut nach oben gestarrt, dort, wo sie jetzt ihr Spiel treiben mit einem, der gleich ist mit uns. Mancher schiebt jetzt langsam die Hände in die Taschen, um seine Fäuste zu verstecken. Die erschlafften Gesichter werden finsterner und hart. Hinter tausend Stirnen schwelt ein Gedanke und funkelt in tausend stummen Augen. Die Scharführer umtanzen mit ihren Hunden das Menschenbündel ...

Der Lagerführer kommt, mit ihm der Rapportführer und der übrige Stab. Die Scharführer beenden ihr Spiel und leinen die Hunde an, während die prüfenden Stiefelspitzen der hohen SS-Offiziere in dem Haufen

aus Blut und Kleiderfetzen herumstochern. Ein Wink des Lagerführers und 2 Häftlinge schleppen den «Bock» herbei. Schon steht «Sommer», der Scharführer vom Bunker, bereit, peitschewippend. Im Vorgenuss des kommenden Spieles. Zwei Scharführer zerren das Menschenbündel hoch und werfen den völlig zerdrückten und zerbissenen Flüchtling über den Bock. Sommers Peitsche saust. 25, 28, 30 furchtbare Hiebe zerfleischen das Gesäss des Unglücklichen. Er rührt sich nicht, er bäumt sich nicht auf im furchtbaren Schmerz. Er liegt, als wäre er schon tot. Vielleicht ist er tot? ... Nein, er lebt. Wie grauenhaft: Er lebt! Sie reissen ihn vom Bock herunter. Er fällt wie ein Sack zur Erde und kriecht auf allen vieren – geschändet und der letzten Menschenwürde beraubt – zur Wand des Bunkers zurück. Hier bleibt er liegen wie ein verendendes Tier.

Ein Scharführer zerrt ihn am Kragen hoch und lehnt ihn kunstvoll an die Mauer. Er scheint an ihr kleben zu bleiben, denn er steht, schaukelnd zwar, mit eingeknickten Knien, aber er steht. Und vor ihm steht eine Emballage! ... Ein Lattenrost, der übriggeblieben ist von irgendeiner Maschinenlieferung. Da kommt dem Rapportführer Strippel ein glänzender Gedanke. Er bespricht diesen mit dem Lagerführer Rödl, dieser nickt, und Strippel geht zum Mikrophon: «Das Zaunkommando ans Tor!» Wir wissen nicht, was sie da oben vorhaben, aber es muss Ungeheuerliches sein. Das Zaunkommando schlägt den Lattenrost, der gerade so hoch ist, dass ein Mensch mit eingezogenem Kopf darin stehen kann, mit Stacheldraht aus und treibt lange Nägel durch das Holz nach innen.

In diesen Käfig, in diese so hurtig improvisierte «Eiserne Jungfrau» sperren sie den Flüchtling ein ... Wäre er doch in den Bunker gekommen, dort könnte er sich wenigstens erhängen, und alles hätte sein schnelles Ende. Hier aber kann er sich nicht einmal anlehnen, wenn er stirbt. Denn er stirbt ...

Strippel geht wieder zum Mikrophon: «Abrücken!» Wir wenden uns und recken die steifen Knochen. Langsam ziehen wir zu den Blocks, unsere Kranken mit uns schleppend. Der Herr Lagerführer begibt sich mit seinem Stab zum Kasino, die Scharführer verzetteln sich, der Appellplatz wird leer, das Schauspiel ist zu Ende ...

Langsam wird es dunkel, der Abend kommt, die Nacht bricht herein ... Einsam steht ein Lattenrost auf dem Appellplatz. Einsam steht ein armer Häftling. Verlassen von Welt und Mensch, und über ihm funkeln die ewigen Sterne.

Er ist ganz allein. Noch einen ganzen Tag steht er so und noch eine Nacht. Als wir dann zum Morgenappell antreten, liegt er tot in seiner Mausefalle ...

In Kürze

Menschliche Trümmerhaufen

«US-Soldat tötet schlafende Dorfbewohner», titelte der Berner «Bund» seine Minimeldung über das Maxi-Grauen, das sich Mitte März in der afghanischen Provinz Kandahar abgespielt hatte: Ein US-amerikanischer Soldat drang kurz vor Sonnenaufgang in drei Privathäuser ein und tötete insgesamt 16 schlafende Zivilisten, darunter neun Kinder. «Die US-Regierung», so der «Bund» kommentarlos, «geht von einem Einzeltäter aus.»

In der «Huffington Post» hingegen meinte der US-amerikanische Journalist Robert Köhler u.a.:

«Der Schrecken, den die meisten Menschen angesichts dieser Morde fühlen, ergibt sich (...) nicht aus dem Einzelgängertum, sondern gerade aus dessen Gegenteil. Tief im Inneren nagt der Terror an uns: diese Morde sind nicht einfach das Ergebnis nationaler Politik. Sie sind nationale Politik, in ihrem ganzen grausamen, ausbeuterischen Irrsinn.

(...) Der Soldat, der die Dorfbewohner tötete, indem er seinen eigenen verzerrten Befehlen gehorchte, war Teil des menschlichen Trümmerhaufens des Reichs, dem er diente. Vor seinem Einsatz in Afghanistan im Dezember hatte er drei Turnusse im Irak mitgemacht, was fast sicher bedeutet, dass er PTSD (Kriegstrauma) hatte – Krebs der Seele und des Geistes – und dass dieser dabei war, ihn lebendig aufzufressen.

Sein Heimatstandort, Joint Base Lewis-McChord, in der Nähe von Tacoma im Bundesstaat Washington, wurde von «Stars and Stripes», der unabhängigen Militärzeitung, zum problematischsten Standort des Militärs der Vereinigten Staaten von Amerika ernannt aufgrund seiner erschreckenden Selbsttötungsrate – über 20 in den letzten zwei Jahren – und wegen anderer verurteilter Killer, die dort stationiert waren, am berüchtigtsten die vier Mitglieder von «The Kill Team», die als Sport zufällig ausgewählte Afghanen jagten und töteten und Körperteile als Trophäen trugen. Sie wurden 2010 verurteilt.

Der vielsagendste Skandal dieses Standorts, über dem die leuchtendste rote Fahne des Schlusslichts weht, dreht sich jedoch um die umgestossenen PTSD-Diagnosen. Laut Washington Post wurden seit 2007 rund 300 solcher Diagnosen unsachgemäss im Gesundheitszentrum der Basis zu leichteren Zuständen herabgestuft, was einen neuerlichen Einsatz dieser Soldaten erlaubte und das Militär von der Verantwortung für Behandlung und Langzeitbetreuung entband. (...) Ich vermute, dass das nur die Spitze des Eisbergs ist.

Amerikanische Geopolitik ist ein sich selbst perpetuierendes System, das menschlichem Leben den gleichen Wert beimisst wie lokalen und globalen Ökosystemen, nämlich gar keinen. Zynisch benützt sie die Männer und Frauen, die ihr militärisch dienen, und verwirft sie dann so leicht, wie sie Zivilisten in strategischen Bombenkampagnen zu Kollateralschäden macht.

Die militärisch-industrielle Maschine, das Triebwerk des Reichs, ist der ultimative Erniedriger menschlichen Lebens. Sie speit Tod und Werbotschaften fast im gleichen Tempo aus, und meistens geht der Tod auf in der PR und wird bedauerlich, sogar tragisch, aber immer notwendig, immer für das grössere Gute.

Mittlerweile verbreitet sich PTSD, der Krebs der Seele und des Geistes. Das ist genauso amerikanische Politik wie die Okkupation von ressourcenreichen und strategisch nützlichen Ländern.»

Quelle: antikrieg.com



«Für den Frieden, bis zum Ende unserer Träume!»

Friedensruf aus Kolumbien

Mitarbeiter der kolumbianischen Webseite «La pluma» (Die Feder) haben im Februar 2012 ein Manifest veröffentlicht, das der tiefen Sehnsucht der Kolumbianerinnen und Kolumbianer nach einem Leben in Frieden Ausdruck verleiht. Wir dokumentieren das Manifest minim gekürzt und in einer Übersetzung von Tlaxcala. Original auf www.es.lapluma.net.

Im Herzen Amerikas gibt es eine Heimstätte für Menschen, von drei Gebirgsketten umschlungen, von üppigen Tälern und dichten Wäldern gewiegt und von zwei Ozeanen umspült. Quellen und fließende Ströme machen dieses Land zum wunderbar fruchtbaren Boden, der im Süden in Amazonien mündet – deshalb ist Kolumbien so heiss begehrt. Und hiermit beginnt der Leidensweg eines ganzen Volkes: mit der Habgier einer Handvoll Menschen Obwohl Kolumbien alles besitzt, um seinen 48 Millionen Einwohnern ein Leben in Würde zu gewährleisten, muss es unter dem Druck einer Elite leben, die die Gewalt der Kolonialzeit aufrechterhält, und in einer Lokalmacht verankert ist, die die Reichtümer des Landes der Herrschaft der multinationalen Konzerne ausliefert und das ganze Volk dazu verurteilt, eine blutige Geschichte der Plünderung durchzumachen.

Wir haben weder vergessen, wie viele Generationen ohne auch nur eine Spur von Frieden gelebt haben, noch haben wir von Seiten der Herrschenden den Willen erlebt, dass dieses Land endlich eine echte Demokratie erleben kann – und keine makabre Pantomime von Wahlritualen, die angesichts der Ausmerzung der Opposition jeder demokratischen Substanz entbehrt. (...)

Soziale Empathie ist der erste Schritt zu einem echten Frieden

Wir haben beschlossen, die Empfindungen unseres Volkes in der «Wir-Form» auszudrücken, weil wir Vielfalt verkörpern und aus der sozialen Empathie den ersten Schritt zu einem echten Frieden machen: dieses Empfinden schreit nach Gerechtigkeit durch die Stimme der ins Exil getriebenen, enteigneten, verarmten, ausgeschlossenen, verschundenen, mundtot gemachten, gefolterten, ermordeten Kinder dieses Volkes. Und wir haben beschlossen, dass auch unsere Häftlinge und Toten «wir selbst» sind, weil ihr Hunger nach Gerechtigkeit und Würde weiter in uns fortlebt, auch wenn eine intolerante Elite versucht hat, ihre Ideale und Träume durch Gewalt auszulöschen, indem sie sie physisch vernichtete oder sie durch verachtungswürdige Gitter von uns trennte.

Der Terror, den die Grossgrundbesitzer zu Gunsten des Grosskapitals installiert haben

Wir sind die 68 Prozent der Kolumbianer, die in Armut leben, wir sind die acht Millionen, die auf den Strassen ein elendes Leben fristen. Wir sind die über fünf Millionen, die zwangsvertrieben wurden durch offizielle oder paramilitärische Repressionskräfte, die mit dem Militär eng zusammenarbeiten. Wir stehen unter dem Terror, den die Grossgrundbesitzer zu Gunsten des Grosskapitals der Multis installiert haben, zum Nachteil unserer Existenzgrundlagen und unserer Würde, zum Nachteil der Ernährungssouveränität und des Friedens. Massaker, Bombenanschläge, das Besprühen und Vergiften von Wasser und Boden treiben uns in den Trauermarsch des Zwangsexils. Wir alle, Bauern, Nachfahren von afrikanischen Sklaven und Einheimische, die wir versuchten, auf dem Boden unserer Vorfahren zu leben, wurden ins Exil getrieben. Wir krepieren vor Schmerz, weil unsere Leidensgrenze

bereits überschritten worden ist. Und wenn wir protestieren, werden wir ermordet oder durch den staatlich verübten Terror geächtet und zensiert.

Freiräume schaffen für Toleranz gegenüber sozialen Forderungen und Friedensgesprächen

Wir sind die 8 000 politischen Gefangenen, deren Menschenrechte verletzt werden, 8 000 politische Gefangene, die laut rufen in dieser mundtot gemachten, in die Enttäusung getriebenen Gesellschaft, wir rufen laut, als wir sinnlos gefoltert werden, dass Würde nicht wie Fingernägel ausgerissen werden kann, dass Gitter nicht Träume töten können. Das Gefängnisssystem, das wir als ein Vernichtungslager der sozialen Forderungen anprangern, geht so weit, dass uns medizinische Hilfe verweigert wird, als eine Art von Folter, die uns in den Tod treibt. Soziale Organisation, kritisches Denken, die Erforschung der kolumbianischen Geschichte und Gesellschaft wurden verboten. Wir MenschenrechtlerInnen, GewerkschafterInnen, kritische Intellektuelle, in ihrem sozialen Umfeld engagierte KünstlerInnen, UmweltschützerInnen, führende lokale Persönlichkeiten, Bauern, werden als Verbrecher und «Terroristen» eingestuft.

Wir sind FriedenskämpferInnen und werden zum Schweigen gebracht, weil wir nicht hinnehmen wollen, dass jährlich Zehntausende kolumbianische Kinder infolge mangelnden Zugangs zu Trinkwasser, an Unterernährung oder an heilbaren Krankheiten sterben; weil wir ein kostenloses, zur Souveränität erziehendes Bildungssystem fordern; weil wir verlangen, dass Gesundheit ein Recht wird und keine Ware; weil wir unsere Stimme gegen die Ausplünderung unserer Ressourcen erheben. Der Staat führt Krieg gegen das Denken und gegen die Empathie: wir werden von den staatlichen oder paramilitärischen Sicherheitskräften ermordet, ohne dass wir selbst zu den Waffen gegriffen hätten. Eine Unmenge Stimmen liegen in den Massengräbern, ebenso viele am Boden zerstreut, mitten unter den Blutlachen, die die Profikiller hinterlassen, die bezahlt werden, um alle kritischen Stimmen zu vernichten.

Der «schmutzige» Krieg, über den geschwiegen wird

Wir Zivilisten werden derzeit in diesem schmutzigen Krieg massenweise getötet. Staatsterror ist auch Teil dieses Krieges, ein Teil, der in den Medien nie erwähnt wird, aber die wichtigste Ursache des Blutbads ist. Will man den Frieden, so muss man vom kolumbianischen Staat fordern, dass er Schluss macht mit der Vernichtung der politischen Mitbeteiligung der Zivilgesellschaft, denn wenn sie systematisch beseitigt wird, greift die soziale Forderung notwendigerweise zu den Waffen.

Wir sind nicht «die älteste Demokratie Lateinamerikas», weil wir die Demokratie nie gekannt haben. Man zwingt uns zum Schweigen, damit wir die Komplizen der blutrünstigen «Sicherheit» werden, die nur Eines sicher stellt: dass die Multis das Land ausplündern können, ohne auf die berechtigten Forderungen des Volkes hören zu müssen, eine «Sicherheit», dank welcher die Ernährungssouveränität der Mehrheit der Bevölkerung verletzt wird.

Der Interventionismus der USA unterstützt den Krieg und ist eine regionale Gefahr

Die gleichen Interessen, die einen Teil der verarmten Kolumbianer zum Kanonenfutter machen, um die Interessen der Multis und einer kreolischen Minderheit zu schützen, lassen es zu, dass der Imperialismus von hier aus unsere Brüder in der Region bedroht. Wir wurden dazu verdammt, die von den Befreiungskämpfen des 19. Jahrhunderts vererbte Souveränität aufzugeben, und wir sind Zeugen für die Einrichtung von US-Militärstützpunkten, die als zusätzliches Machtmittel für die Aufzwingung ihrer Doktrin der Missachtung der Menschenrechte und der Bekämpfung des Drogenhandels dienen. Infolge der Immunität, die der kolumbianische Staat ihnen gegönnt hat, dürfen die US-Amerikaner in Kolumbien vollkommen straflos Verbrechen begehen. Die USA rechtfertigen ihren Interventionismus mit dem Vorwand der «Bekämpfung des Drogenhandels», während sie in Wirklichkeit selbst davon profitieren und dies die kolumbianische Regierung samt ihren paramilitärischen und Drogenhändlerstrukturen stärkt, gleichzeitig werden die Kokabauern kriminalisiert, obwohl alle wissen, dass Kokablätter kein Kokain sind.

Frieden bedeutet nicht die äusserste Entwürdigung seines Gegners

Die Herrscher, die sich vor die Kame-ra stellen und amputierte Hände vorführen, die neben Leichen laut lachen, sind die gleichen, die uns alle zu begeisterten Anhängern der Ausrottung machen wollen. (...) Wir sagen, dass die Kolumbianer und Kolumbianerinnen keine Fleischstücke sind und lehnen diese Strategie des Staatsterrors ab, die die ganze Gesellschaft krank macht und sie moralisch entartet. Wir rufen laut nach Frieden mit sozialer Gerechtigkeit für das Volk, einen Frieden, der einem gemeinsamen Diskurs entspringt.

Politische Verhandlungen, ein Wandel der Strukturen, Infragestellung des wirtschaftlichen Modells

Das kolumbianische Volk verlangt eine politische Lösung: die Durchsetzung eines tiefgreifenden strukturellen Wandels, der die Ursachen von Enteignung, Ungleichheit und Ausgrenzung beseitigt, die zu vielen Widerstandsbewegungen geführt haben. Eine echte Reform ist dringend notwendig: Schluss mit der Vernichtung der politischen Opposition durch die Regierung, Ende mit der paramilitärischen Strategie, Ende mit der Auslieferung des Landes an die Multis (die Bergbaumultis verlangen nun 40 Prozent des kolumbianischen Bodens), sowie seine Unterwerfung unter das US-amerikanische Joch. Es geht darum, die Basis des Entwicklungsmodells der kolumbianischen Gesellschaft neu zu gestalten: Eine abhängige Volkswirtschaft, die als Ressourcenlager ohne eigenständige Entwicklung konzipiert ist, bildet den Nährboden für Krieg.

Es geht hierbei nicht um oberflächliche Verhandlungen oder die Aushandlung von Anreizen zur «Rehabilitierung» der Aufständischen, denn es würde nur dazu führen, Tausende Frauen und Männer abermals in den Alptraum des Hungers zu integrieren, der sich täglich verschlimmert in den Elendsvierteln der städtischen

Peripherie. Es geht auch nicht um die Aushandlung einer «Rehabilitation», die nur den Weg ebnet für die Ausrottung von Tausenden entwaffneter «Reintegrierter», wie es schon mehrmals passiert ist im Laufe der kolumbianischen Geschichte. (...) Wir wollen keinen neuen Völkermord unterstützen, und wir können auch nicht so tun als ob enteignete Bauern sich mit einem unwürdigen Leben zufrieden geben würden.

Die beiden Seiten des Konflikts in ihrer Ganzheit neu definieren, um Frieden zu erlangen

Der Frieden ist nicht einfach nur ein Abkommen zwischen der Regierung und den Guerillas, denn die verschiedenen Seiten dieses Konflikts gehen über eine enge Definition hinaus, die sich darauf beschränkt, den im wesentlichen sozialen und wirtschaftlichen Charakter des Konflikts zu beseitigen. Auf allen Seiten sind wir Kolumbianer. Ebenfalls daran beteiligt sind nach unserer Einschätzung die Multis, sie profitieren von der Enteignung und verursachen Massaker und Vertreibungen. Auch die USA, die sich fortwährend in unsere Angelegenheiten einmischen, sind daran beteiligt. Entscheidend ist ja bei dieser Frage der gigantische Handel zwischen dem US-amerikanischen und europäischen militärisch-industriellen Komplex und der kolumbianischen Regierung. Der Kauf von Zerstörungsmaschinen wird durch den staatlichen Haushalt sowie durch eine stetig wachsende Aussenschuld finanziert, die das ganze kolumbianische Volk illegitimerweise abzutragen hat.

Für Frieden und soziale Gerechtigkeit, bis zum letzten Tropfen unserer Träume

An Abkommen, die ausschliesslich auf der Abgabe der Waffen basieren würden glauben wir nicht, denn in Kolumbien kann ein echter Frieden nur dann herrschen, wenn die Profitgeier auf ihre Gier verzichten und mit der Verwüstung der kolumbianischen Naturressourcen aufhören, die mit der Ausbeutung und dem Völkermord der kolumbianischen Bevölkerung einhergeht. Zur Herstellung des Friedens wäre es notwendig, dass die Grossgrundbesitzer, die Multis und das Militär die paramilitärischen Kräfte ausser Kraft setzten und mit den Militärgerichten und sonstigen Listen der düsteren Strafflosigkeitsmaschinerie, die diesen Schrecken aufrechterhält, Schluss gemacht wird. Die Ausgaben für das Militär sind schwindelerregend – mehr als 12 Milliarden Dollar jährlich. Zur Herstellung des Friedens verlangen wir, dass diese Gelder in das Gesundheits-, Wohnungs-, Erziehungs- und Bildungswesen und eine eigenständige Entwicklung investiert werden.

Wir wollen uns an einer breiten politischen Debatte, am gesellschaftlichen Aufbau beteiligen können, ohne ermordet zu werden. Wir wollen, dass mit der Ausmerzung der sozialen Forderungen aufgehört wird, dass die politischen Gefangenen freigelassen werden, dass dem «Verschwindenlassen» ein Ende gesetzt wird... Dies sind nur einige Forderungen.

Unsere Absicht ist es, sie den Träumen eines Volkes näherzubringen, dessen Entstehung der Terror verzögert hat. Wir appellieren an die internationale Öffentlichkeit, damit sie sich mit dem kolumbianischen Volk solidarisiert und an dessen Seite steht bei der Aushandlung einer politischen Lösung des sozialen und bewaffneten Konfliktes. Unserer Einschätzung nach ist dieser Konflikt vor allem ein sozialer Konflikt, aus dem ein bewaffneter Konflikt geworden ist, weil der Staat in politischer Hinsicht so intolerant ist – und der wichtigste Faktor des langen Kriegs in Kolumbien ist die Abhängigkeit von US-Hilfszahlungen.

Im Herzen Amerikas, beim Klang der Trommeln, Flöten und Ziehharmonikas tanzt die Seele eines Volkes. In der Vielfarbigkeit ihrer Haut bewahrt dieses Volk eine tausendjährige Geschichte, es bewahrt geheimes Wissen, das die Wälder ihm zuraunen. Ein Volk weint über den Gräbern, die unter den schweigenden Breiten ihrer Heimat verstreut liegen. Das Herz Kolumbiens schlägt im Takt einer Landschaft voll singender Wasserfälle, satter grüner Wiesen, mächtig aufragenden, versteckten Wäldern, die in die Abgründigkeiten des Ozeans taucht. Geiz ist ihr fremd, Üppigkeit ihre Natur. Ihr Volk möchte ein würdiges Leben führen können in diesem Paradies, das einige Wenige als Besitz beanspruchen. «Für den Frieden, bis zum Ende unsrer Träume!»

Februar 2012, aus der tiefen Empathie des Mitarbeiterteams der Webseite La Pluma entstanden

In Kürze



Einer der «Macher» des neuen Boliviens, Vizepräsident Álvaro García Linera, erklärt uns eines der weltweit interessantesten politischen Projekte der Gegenwart.

Die Kraft der Ausgegrenzten

Neben seiner Rolle als Vizepräsident der Regierung von Evo Morales ist Álvaro García Linera einer der herausragenden Intellektuellen Boliviens und Protagonist einer neuen internationalen Linken. Die Auswahl einiger Schlüsseltexte lassen uns mitverfolgen, wie der Autor den Kampf der indigenen Bevölkerungsmehrheit mit einer Waffe unterstützt, deren Gebrauch er vorzüglich beherrscht: dem Wort.

Die Regierung Morales/García Linera will Staat und Gesellschaft in Bolivien von Grund auf neu ordnen und die Lebensbedingungen der Bevölkerung nachhaltig verbessern.

García Linera zeigt, dass die Befreiung der Ausgegrenzten nur dann gelingen kann, wenn das Verständnis der sozialen Kräfte in Bolivien von den klassischen eurozentrischen Sichtweisen – liberalen wie marxistischen – «entkolonisiert» wird. Wir erfahren, wie die von der Politik Ausgeschlossenen ihre Stimme fanden, wie sich die sozialen Bewegungen formierten und sich von der Einvernahme durch orthodoxe marxistische Ideologien befreien konnten. Der Kernbegriff des politischen Projekts, der «Plurinacionalismo», wird erörtert, ebenso die Hindernisse und Probleme bei der Erarbeitung der neuen Verfassung.

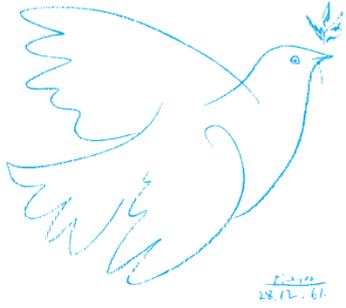
In einem Interview vom Januar 2011 geht García Linera zudem auf Fragen ein, die ihm Stephan Rist und Andreas Simmen zu seiner politischen Theorie, aber auch zur Aktualität Boliviens stellen.

*Rotpunktverlag, 304 S., Fr. 36.–
978-3-85869-445-4*

Redaktionsschluss
dieser Nummer

21. März 2012

ISSN 1423-6826
 sfb@bluewin.ch
 www.friedensbewegung.ch



Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

«Unsere Welt» erscheint bis sechsmal jährlich.
 Auflage: 10 000
 Herausgeber: Schweiz. Friedensbewegung,
 Postfach 2113, CH-4001 Basel
 Tel. 061/681 03 63, Fax 061/681 76 32
 Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
 Redaktion: Franziska Genitsch, Toni Mächtlinger,
 Ruedi Moser, Louise Stebler, Martin Schwander
 E-Mail: sfb@bluewin.ch
 Abonnementspreis: mindestens 12 Franken.
 PC: 40-1627-7
 Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbeding-
 t die Meinung der Redaktion wieder.
 Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
 Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mithelfen.
Wie kann man helfen?
 Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen.

Senden Sie mir gratis Exemplare «UNSERE WELT».

Senden Sie diesen Talon an:
 SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ, Ort: _____



Mikis Theodorakis (links) mit Manolis Glezos, dem antifaschistischen Widerstandskämpfer. Foto protothema.gr

Theodorakis für Neuausrichtung Griechenlands

Hellas unter Räubern

Mikis Theodorakis, der grosse griechische Komponist und Friedenskämpfer, sieht seine Heimat als Zielscheibe einer internationalen Verschwörung. In einem Brief an die Weltöffentlichkeit warnt er vor der Gefahr, dass von den Griechen bald nur noch «das Andenken an unsere Zivilisation und unsere Kämpfe für die Freiheit» verbleiben könnte. Wir bringen den Brief, den er am 12. Februar verfasst hatte, in Auszügen.

Von Mikis Theodorakis

Bis 2009 gab es kein ernsthaftes wirtschaftliches Problem. Die grossen Wunden unserer Wirtschaft waren die übertriebenen Aufwendungen für den Kauf von Kriegsmaterial und die Korruption. Für beide dieser Wunden waren jedoch auch Ausländer mitverantwortlich. Deutsche, Franzosen, Engländer und Amerikaner etwa, die aus dem jährlichen Verkauf von Kriegsmaterial Milliarden Euro zu Lasten unseres nationalen Reichtums verdienten. Oder die deutsche Siemens, die eine spezielle Abteilung zur Bestechung griechischer Funktionäre unterhielt, um ihre Produkte auf dem griechischen Markt platzieren zu können.

Beides hätte vermieden werden können. Aber um den Abfluss des Reichtums (welcher Produkt der Arbeit des griechischen Volkes war) in die Kassen der fremden Länder zu vertuschen, suchten die korrupten Elemente in den beiden pro-amerikanischen Machtparteien in der überdimensionalen Verschuldung Zuflucht. Mit dem Ergebnis, dass die Staatsverschuldung 300 Mrd. Euro, also 130% des Bruttoinlandsprodukts erreicht hat.

Damit verdienten die vorstehend angeführten Ausländer doppelt. Erstens an dem Verkauf ihrer Waffen und ihrer Produkte. Und zweitens an den Zinsen der Gelder, welche sie den Regierungen und nicht dem Volk geliehen hatten. Die Zinsen für den Kredit von einer Mrd. Dollar, den Andreas Papandreu 1986 von einem grossen europäischen Land aufnahm, erreichten 54 Mrd. Euro und wurden schliesslich ... 2010 abbezahlt!

2008 gab es die grosse Wirtschaftskrise in Europa. Es war zu erwarten,

dass auch die griechische Wirtschaft in Mitleidenschaft gezogen wurde. Der Lebensstandard, der hoch genug war, um unter den 30 reichsten Ländern der Welt eingeordnet zu werden, blieb allerdings grundsätzlich der selbe. Hingegen gab es einen Anstieg der Staatsverschuldung. Diese führt jedoch nicht zwangsläufig zu einer Wirtschaftskrise. Die Schulden grosser Länder wie beispielsweise der USA und Deutschlands belaufen sich auf Billionen Euro. Das Problem ist, ob wirtschaftliche Entwicklung und Produktion existieren. Dann kann man bei den grossen Banken Kredite mit einem Zinssatz von bis zu 5% aufnehmen, bis die Krise vorüber ist.

In genau dieser Situation befanden wir uns 2009, als im November der Regierungswechsel stattfand und Georgios Papandreu das Amt des Premierministers übernahm.

Herr Papandreu hätte der Wirtschaftskrise (die wie gesagt die europäische reflektierte) mit Krediten von den ausländischen Banken und zu dem üblichen Zinssatz von unter 5% begegnen können. Hätte er dies getan, hätte es für unser Land nicht das kleinste Problem geben. Es hätte sogar das Gegenteil stattgefunden, weil wir uns in einer Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs befanden und somit sicherlich unser Lebensstandard gestiegen wäre.

Herr Papandreu hatte jedoch seine Verschwörung gegen das griechische Volk bereits ab Sommer 2009 begonnen, als er sich heimlich mit Strauss Kahn mit dem Ziel traf, Griechenland unter die Hegemonie des IWF zu führen. Die Information über dieses Treffen wurde von dem ehemaligen Präsidenten des IWF selbst an die Öffentlichkeit gebracht.

Damit wir jedoch dort hingelangen, musste die tatsächliche wirtschaftliche Lage in unserem Land verfälscht werden, damit die ausländischen Banken Angst bekommen und die Kreditzinsen auf unerschwingliche Zahlen hochschrauben. Es folgte eine 5 Monate dauernde systematische Kampagne des Herrn Papandreu und des Finanzministers in Europa, bei der sie das Ausland davon zu überzeugen versuchten, Griechenland sei eine vor dem Untergang stehende Titanic. Bei jeder ihrer Erklärungen stiegen die Zinssätze, damit wir keine Kredite mehr aufnehmen konnten und unsere Unterstellung unter IWF und Europäische Bank als Rettung erscheinen musste. In Wirklichkeit bedeutete sie den Beginn unseres Sterbens.

Obwohl das griechische Recht für bedeutende Vereinbarungen die Zustimmung durch drei Fünftel des Parlaments verlangt, besiegelte im Mai 2010 eine einzige Unterschrift eines Ministers unter das berüchtigte Moratorium die vollständige Unterwerfung unter unsere Gläubiger. Das Moratorium und die Troika, die uns heute praktisch regieren, agieren also substantiell nicht nur nach dem griechischen, sondern auch dem europäischen Recht illegal.

Mit diesem Moratorium haben wir unsere nationale Eigenständigkeit und unser Staatsvermögen an die Ausländer abgetreten. Also Häfen, Flughäfen, Strassennetze, Elektrizität, Wasserversorgung, den unterirdischen und unter dem Meer befindlichen Reichtum etc. etc. Sogar unsere historischen Monumente wie die Akropolis, Delphi, Olympia, Epidaurus usw., da wir auf jegliche Vorbehalte verzichtet haben.

Die Produktion kam zum Erliegen, die Arbeitslosigkeit stieg auf 18%, es schlossen 80 000 Geschäfte, tausende Manufakturen und hunderte Industriebetriebe. Insgesamt haben 432 000 Unternehmen dicht gemacht. Zehntausende junge Wissenschaftler verlassen das Land, das jeden Tag tiefer in mittelalterliche Finsternis absinkt. Tausende ehemals gutsituierte Bürger durchsuchen den Müll und schlafen auf dem Bürgersteig.

Derweilen wird angenommen, dass wir dank der Grossmut unserer Gläubiger, des Europas der Banken und des IWF leben. In Wahrheit fliesst jedes Paket mit den dutzenden Milliarden Euro, mit denen Griechenland belastet wird, vollständig dahin zurück, wo es herkommt, während uns neue untragbare Zinsen aufgebürdet werden. Und weil die Notwendigkeit zur Erhaltung des Staates, der Krankenhäuser und der Schulen besteht, lädt die Troika den mittleren und untersten wirtschaftlichen Schichten der Gesellschaft überdimensionale Steuern auf, die direkt in den Hunger führen. Eine allgemeine Hungersituation hatten wir zu Beginn der deutschen Besatzung 1941 mit 300 000 Toten in einem Zeitraum von sechs Monaten. Das damalige Schreckgespenst des Hungers kehrt in unser verleumdetes und unglückliche Land zurück.

Wenn man bedenkt, dass die deutsche Besatzung uns eine Million Tote und die totale Zerstörung unseres Landes kostete, wie ist es dann möglich, dass wir Griechen die Drohungen der Frau Merkel und die Absicht

der Deutschen dulden, uns einen neuen Gauleiter aufzuzwingen ... Diesmal mit Krawatte ...

Als die SS und der Hunger eine Million Bürger umbrachten und die Wehrmacht systematisch das Land zerstörte, die landwirtschaftliche Produktion und das Gold der Banken stahl, retteten die Griechen mit der Schaffung einer Bewegung der nationalen Solidarität das Volk vor dem Hunger und bildeten ein 100 000 Mann starkes Partisanenheer, welches 20 deutsche Divisionen in unserem Land aufhielt.

Gleichzeitig wussten die Griechen dank ihres Fleisses nicht nur zu überleben, sondern es gab inmitten der Besatzungsverhältnisse auch eine grosse Entwicklung der neugriechischen Kunst, speziell auf den Gebieten der Literatur und der Musik. Griechenland wählte den Weg der Selbstaufopferung für die Freiheit und gleichzeitig des Überlebens.

Auch damals schlugen sie grundlos auf uns ein und wir antworteten mit Solidarität und Widerstand und überlebten. Das selbe tun wir auch heute in der Gewissheit, dass der endgültige Sieger das griechische Volk sein wird.

Sie drohen, uns aus Europa herauszuwerfen. Wenn Europa uns einmal nicht will, wollen wir dieses Europa der Merkel – Sarkozy zehnmal nicht.

Heute Sonntag, am 12. Februar, nehme ich zusammen mit Manolis Glezos an einer Kundgebung teil. Mit jenem Helden also, der das Hakenkreuz von der Akropolis herunter geholt hatte und damit das Fanal für den Beginn nicht nur des griechischen, sondern auch des europäischen Widerstandes gegen Hitler setzte. Hunderttausende werden unsere Strassen und Plätze überfluten und ihrem Zorn gegen die Regierung und die Troika Ausdruck geben.

In diesem Moment setze ich alle meine Kräfte dafür ein, das griechische Volk dynamisch zu vereinen. Ich versuche die Menschen davon zu überzeugen, dass Troika und IWF keine Einbahnstrasse bedeuten. Dass es eine andere Lösung gibt. Und dass diese Lösung darin besteht, den Kurs unserer Nation radikal zu ändern und uns Russland zuzuwenden, mit Russ-

land die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu suchen, Joint Ventures zu bilden und den natürlichen Reichtum unseres Landes zu Bedingungen zu nutzen, die sich für uns ausgeben und die unsere nationalen Interessen berücksichtigen.

Was Europa anbelangt, so schlage ich vor, den Kauf von Kriegsmaterial aus Deutschland und Frankreich zu stoppen. Und alles in unserer Macht stehende zu unternehmen, damit Deutschland die uns geschuldeten Kriegsschuldungen bezahlt, die sich heute – mit angemessenen Zinsen – auf 500 Mrd. Euro belaufen dürften.

Die einzige Kraft, die diese revolutionären Änderungen vorantreiben kann, ist das griechische Volk selbst: Vereint in einer mächtigen Front des Widerstands und der Solidarität, welche die Troika aus IWF und europäischen Banken aus unserm Land verjagt und deren rechtswidrige Handlungen (Kredite, Schulden, Zinsen, Steuern, Aufkäufe des Staatsreichtums) rückgängig macht. Die griechischen Kollaborateure, die im Bewusstsein unseres Volkes längst als Verräter verurteilt worden sind, werden zu bestrafen sein.

Diesem Ziel der Einheit des Volkes in einer Front bin ich gänzlich verschrieben und glaube, dass ich schliesslich Recht erhalten werde. Ich kämpfte mit der Waffe in der Hand gegen die Hitlerbesatzung. Ich lernte die Verliesse der Gestapo kennen. Ich wurde von den Deutschen zum Tode verurteilt und überlebte wie durch ein Wunder. 1967 gründete ich die PAM, die erste Widerstandsorganisation gegen die Militärjunta. Ich kämpfte in der Illegalität. Ich wurde ergriffen und im «Schlachthof» der Junta-Kripo inhaftiert. Schliesslich habe ich wieder überlebt.

Heute bin ich 87 Jahre alt und es ist sehr wahrscheinlich, dass ich die Rettung meines geliebten Vaterlandes nicht erleben werde. Ich werde jedoch mit einem ruhigen Gewissen sterben, weil ich bis zum Ende fortfahre, meiner Pflicht gegenüber den Idealen der Freiheit und des Rechts nachzukommen.

Quelle: Tlaxcala

Schweizerische Friedensbewegung SFB

Jahrestagung 2012

Samstag, 12. Mai 2012, 15.00 Uhr

Rest. Rebhaus (Saal),
 Riehentorstr. 11, Basel (nahe Wettsteinplatz)

Traktanden:

Jahresberichte: Sekretariat • Redaktion • Finanzen
 Ausblick: UW • Veranstaltungen • Aktionen • Anregungen.

Anschliessend gemeinsames Abendessen.

Die Jahresversammlung ist öffentlich.
 Interessierte sind herzlich eingeladen!

28.12.61.